

Weitere Themen dieser Ausgabe: Von den Sonderwirtschaftszonen zur Polnischen Investitionszone – ein neues Modell der Investitionsförderung in Polen · Wird der schlesische Dialekt der polnischen Sprache den Status einer Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erlangen? · Kwestia konieczności przyjęcia ustawy reprivatyzacyjnej w świetle art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC · Gerichtliche genetische Genealogie – Potenzial, rechtliche und ethische Herausforderungen im polnischen Rechtssystem · O skuteczności penalizacji czynu zniesławienia Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej · Militaryzacja przestrzeni kosmicznej – status prawny i najnowsze dylematy

Von den Sonderwirtschaftszonen zur Polnischen Investitionszone – ein neues Modell der Investitionsförderung in Polen

» Seite 04

Wird der schlesische Dialekt der polnischen Sprache den Status einer Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erlangen?

» Seite 9

Gerichtliche genetische Genealogie – Potenzial, rechtliche und ethische Herausforderungen im polnischen Rechtssystem

» Seite 19

Militaryzacja przestrzeni kosmicznej – status prawny i najnowsze dylematy » Seite 35

Inhalt

Nr. 3/2025



- 04** Von den Sonderwirtschaftszonen zur Polnischen Investitionszone – ein neues Modell der Investitionsförderung in Polen

Katarzyna Witczyńska



- 09** Wird der schlesische Dialekt der polnischen Sprache den Status einer Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erlangen?

Andrzej Bisztyga



- 16** Kwestia konieczności przyjęcia ustawy reprivatyzacyjnej w świetle art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC

Piotr Sobański



- 19** Gerichtliche genetische Genealogie – Potenzial, rechtliche und ethische Herausforderungen im polnischen Rechtssystem

Klaudia Rosłaniec



- 22** O skuteczności penalizacji czynu zniesławienia Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej

Maksymilian Sztajura



- 35** Militaryzacja przestrzeni kosmicznej – status prawny i najnowsze dylematy

Gracjan Wojciechowski



Von den Sonderwirtschaftszonen zur Polnischen Investitionszone

– ein neues Modell der Investitionsförderung in Polen

1. Einleitung

Die Systemtransformation in Polen, die Ende der 1980er Jahre begann, stellte einen Wendepunkt bei der Gestaltung einer modernen politisch-wirtschaftlichen Ordnung dar. Der Übergang von einer zentral geplanten Wirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System erforderte tiefgreifende Reformen: Liberalisierung der Preise und des Handels, monetäre Stabilisierung sowie Privatisierung staatlicher Unternehmen¹. Dieser Prozess, wenngleich notwendig, brachte soziale und wirtschaftliche Kosten mit sich, darunter eine hohe Arbeitslosigkeit (1994 – 16–16,9 %) und Inflation². In dieser Situation suchte der Staat nach Instrumenten zur Unterstützung von Investitionen und zum Abbau regionaler Ungleichheiten.

2. Entstehung und Entwicklung der Sonderwirtschaftszonen (SWZ)

Das Gesetz vom 20. Oktober 1994 über Sonderwirtschaftszonen³ schuf den rechtlichen Rahmen für die Einrichtung von Gebieten, in denen Unternehmen von Steuervergünstigungen, dem Zugang zu Infrastruktur und vereinfachten Verwaltungsverfahren profitieren konnten.

Die erste Zone – Euro-Park Mielec – entstand 1995; im Laufe der Zeit erhöhte sich die Zahl der Zonen auf 14 (Tabelle 1). Ziel der SWZ war es, die Wirtschaft in Regionen mit großem, aber ungenutztem Potenzial zu beleben, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Technologietransfer zu fördern⁴.

Bis Ende 2016 zogen die SWZ Investitionen im Wert von über 112 Mrd. PLN an und schufen rund 330 000 Arbeitsplätze⁵. Die wichtigsten Förderinstrumente umfassten:

- Befreiung von der Körperschaftsteuer (CIT) und andere Vergünstigungen, abhängig von Standort und Investitionsvolumen⁶, vereinfachte Verwaltungsverfahren,
- Zugang zu erschlossenen Industrieflächen.

L.p.	Sonderwirtschaftszonen
1	Kamienna Góra SWZ der Kleinunternehmer
2	Katowice SWZ
3	Kostrzyn-Slubice SWZ
4	Krakauer Technologiepark
5	Legnica SWZ
6	Łódź SWZ
7	SWZ EURO-PARK Miele
8	Pommersche SWZ
9	Slupsk SWZ
10	SWZ „Starachowice“
11	Suwałki SWZ
12	Tarnobrzeg SWZ EURO-PARK Wisłosan
13	Wałbrzych SWZ Invest-Park
14	Ermland-Masuren SWZ

Tabelle 1. Übersicht der Sonderwirtschaftszonen

1. Balcerowicz L., Sozialismus, Kapitalismus, Transformation, PWN, Warschau 1997.
2. Hauptamt für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 1995.
3. Gesetz vom 20. Oktober 1994 über Sonderwirtschaftszonen (GBl. 1994 Nr. 123 Pos. 600, m. sp. Ä.).

4. Ebd., Art. 3 Abs. 1.
5. Ministerium für Wirtschaft, Bericht über die SWZ 2016.

3. Auslaufen der SWZ und Einführung der Polnischen Investitionszone (PIZ)

Seit 2018 ist die Polnische Investitionszone (PIZ) das neue Förderinstrument, eingeführt durch das Gesetz vom 10. Mai 2018 über die Unterstützung neuer Investitionen⁷. Im Gegensatz zu den SWZ umfasst die PIZ das gesamte Staatsgebiet Polens⁸. Neue Genehmigungen für Tätigkeiten in SWZ werden nicht mehr erteilt; bestehende Genehmigungen bleiben bis Ende 2026 gültig⁹.

Aspekt	SWZ	PIZ
Räumlicher Geltungsbereich	Auf festgelegte Gebiete beschränkt ¹⁰	Ganz Polen ¹¹
Struktur	14 separate Zonen	Eine landesweite Zone
Max. Befreiungsdauer	In der Regel < 15 Jahre	Bis zu 15 Jahre ¹²

Tabelle 2. Vergleich SWZ und PIZ¹⁰

4. Förderfähige Kosten in der Polnischen Investitionszone

Voraussetzung für die Gewährung der Unterstützung ist die Entstehung sog. förderfähiger Kosten (Art. 2 Nr. 7 des Gesetzes über die Unterstützung neuer Investitionen)¹¹:

- Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten – z. B. Erwerb von Grundstücken, Know-how, Anlagevermögen,
- Zweijährige Personalkosten neuer Mitarbeiter – Bruttolöhne und Sozialversicherungsbeiträge für 24 Monate.

5. Änderungen ab 1. Januar 2024

Die Novelle vom 7. Juli 2023¹⁶ verlängerte die Geltungsdauer der Unterstützungsentscheidungen:

- Niederschlesien, Großpolen, Warschauer Hauptstadtregion – von 10 auf 12 Jahre,
- Regionen mit einer Förderintensität von 30–40 % – von 12 auf 14 Jahre,
- Regionen mit einer Förderintensität von 50 % – unverändert (15 Jahre).

6. Vergleich mit anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa

Im Vergleich zu anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, wie z. B. der Tschechischen Republik oder Ungarn, zeichnet sich das polnische Modell durch eine hohe Flexibilität bei der Standortwahl sowie eine längere steuerliche Förderdauer aus. Während in Ungarn Sonderzonen vorrangig in staatlich gesteuerten Industrieclustern bestehen, erlaubt die Polnische

Investitionszone Investitionen auch in peripheren ländlichen Regionen, was zur Kohäsion beiträgt. Bezug zur EU-Beihilfenkontrolle die Polnische Investitionszone operiert im Einklang mit den Leitlinien der Europäischen Kommission für Regionalbeihilfen (2021–2027), insbesondere hinsichtlich der maximal zulässigen Förderintensitäten. Der PIZ-Mechanismus wurde so konzipiert, dass er EU-beihilferechtlich konform ist, was seine Stabilität und Rechtssicherheit für ausländische Investoren stärkt.

ESG-Dimension und grüne Investitionen

Im Zuge der zunehmenden Bedeutung von ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance) entwickeln sich Investitionszonen in Polen zunehmend zu Instrumenten der ökologischen Transformation. Immer mehr Förderentscheidungen sind an Nachhaltigkeitskriterien gebunden – etwa CO₂-Emissionen, Energieeffizienz oder Kreislaufwirtschaft.“

Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Während Großunternehmen den größten Anteil an beantragten Fördermitteln aufweisen, zeigt sich ein positiver Trend bei der Beteiligung von KMU an der Polnischen Investitionszone. Besonders in der westlichen Grenzregion zu Deutschland ist ein wachsendes Interesse kleiner Unternehmen zu verzeichnen, die Produktionsstandorte oder Logistikzentren errichten.



6. Verordnung des Ministerrats vom 10. Dezember 2008 (GBl. 2008 Nr. 232 Pos. 1548).
7. Gesetz vom 10. Mai 2018 über die Unterstützung neuer Investitionen (GBl. 2018 Pos. 1162).

8. Ebd., Art. 2 Nr. 1.
9. Art. 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Unterstützung neuer Investitionen.
10. Art. 15 Abs. 1 des Gesetzes über die Unterstützung neuer Investitionen.
11. Art. 2 Nr. 7 des Gesetzes über die Unterstützung neuer Investitionen.



Kritische Stimmen und Herausforderungen

Trotz der positiven Effekte wird in wissenschaftlichen Debatten auch auf Herausforderungen hingewiesen – darunter die unzureichende Evaluierung der langfristigen regionalwirtschaftlichen Wirkungen, potenzielle Mitnahmeeffekte sowie die Notwendigkeit, stärker auf qualitative statt nur auf quantitative Kriterien zu setzen.

Historische Einordnung der SWZ im Kontext der Transformation

Die Sonderwirtschaftszonen können als ein spezifisches Übergangsinstrument in der postsozialistischen Wirtschaftsentwicklung Polens interpretiert werden. Sie spielten eine bedeutende Rolle beim Übergang von zentralverwaltungswirtschaftlichen Strukturen zu marktorientierten Investitionsclustern.

Governance-Aspekte:

Rolle der Zonenverwaltungen

Ein bedeutender Faktor für den Erfolg der Investitionszonen ist die institutionelle Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltungsstrukturen. Studien zeigen, dass Zonen wie Kraków oder Katowice besonders attraktiv für FDI waren, weil ihre Verwaltungen proaktiv, effizient und gut vernetzt mit lokalen Behörden und Hochschulen arbeiteten.

Auswirkungen auf regionale Disparitäten

Obwohl die Investitionszonen grundsätzlich auf den Abbau regionaler Entwicklungsunterschiede abzielen, zeigen Analysen eine Tendenz zur Konzentration von Investitionen in bereits entwickelten Regionen. Der neue landesweite Ansatz der PIZ könnte helfen, strukturschwächere Gebiete gezielter zu unterstützen.

Digitalisierungsstrategie und Industrie 4.0

Die Polnische Investitionszone reagiert auf neue Herausforderungen der vierten industriellen Revolution. In den jüngsten Unterstützungsentscheidungen finden sich Kriterien zur Förderung von Smart-Factory-Lösungen, Automatisierung und digitaler Integration.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit Polens

Durch die Integration der Investitionsförderung in ein einheitliches nationales Modell stärkt Polen seine Wettbewerbsposition im europäischen Vergleich. Die PIZ erlaubt schnellere Entscheidungen, geringeren bürokratischen Aufwand und zielgerichtete Unterstützung.

7. Dominierende Branchen in der Polnischen Investitionszone (PIZ) – Entwicklungsperspektiven und strategische Bedeutung

Die im Rahmen der Polnischen Investitionszone (PIZ) unterstützten Investitionen konzentrieren sich in hohem Maße auf mehrere strategisch bedeutenden Sektoren. Diese spiegeln sowohl den Bedarf an der Modernisierung der polnischen Wirtschaft wider als auch globale Herausforderungen wie die Energiewende, Digitalisierung oder die Reindustrialisierung Europas. Laut Daten des Ministeriums für Entwicklung und Technologie bezogen sich rund 70 % der in den Jahren 2021–2023 erteilten Förderentscheidungen auf folgende Branchen:



Automobilindustrie und Elektromobilität – Polen entwickelt sich zu einem der wichtigsten europäischen Produktionsstandorte für Komponenten von Elektrofahrzeugen, Batterien und Antriebssystemen der neuen Generation. Investitionen von Unternehmen wie LG Energy Solution, Mercedes-Benz oder Stellantis bestätigen die Wettbewerbsfähigkeit Polens in diesem Segment. Dieser Sektor ist eng mit der Klimapolitik der EU und dem europäischen Grünen Deal verknüpft.

Logistik und Lagerhaltung – Aufgrund seiner zentralen Lage in Europa fungiert Polen als logistisches Drehkreuz zwischen Ost und West. Investitionen in moderne Logistikzentren und sogenannte „Fulfillment-Zentren“ sind eine Reaktion auf das dynamische Wachstum des E-Commerce sowie auf die Notwendigkeit, Lieferketten zu verkürzen und widerstandsfähiger zu gestalten.

Maschinenbau und Metallverarbeitung – Besonders stark in Süd- und Südostpolen, profitiert dieser Sektor von gut entwickelten Industrieclustern, technischer Ausbildung und einer langen ingenieurwissenschaftlichen Tradition. Immer häufiger beinhalten durch die PIZ geförderte Projekte auch Elemente der Automatisierung und Robotik.

Lebensmittelindustrie und Agrarverarbeitung – Der Anstieg von Investitionen in landwirtschaftlich geprägten Regionen zeugt von der Nutzung lokaler Rohstoffpotenziale sowie der Entwicklung von Produktionsformen mit hoher Wertschöpfung (z. B. Bio-Lebensmittel, Spezialprodukte). Dies ist wichtig für den regional ausgewogenen wirtschaftlichen Fortschritt.

Sektor der wissensintensiven Dienstleistungen – IT, BPO und SSC – Große Städte wie Krakau, Breslau, Posen oder die Dreistadt ziehen zunehmend Investitionen in Forschungs- und Entwicklungszentren, Finanzdienstleistungen, Buchhaltung und Datenanalyse an. Die starke Präsenz internationaler Technologiekonzerne und der Zugang zu hochqualifizierten Absolventen tragen zur nachhaltigen Stärkung dieses Sektors bei.

8. Zukunftsperspektiven der Sonderwirtschaftszonen und ihre Integration in die Polnische Investitionszone (PIZ)

Obwohl die Sonderwirtschaftszonen (SWZ) gemäß der aktuellen Gesetzgebung im Jahr 2026 auslaufen sollen, bleiben sie auch weiterhin ein zentrales Instrument zur Förderung industrieller, logistischer und technologischer Investitionen in Polen. Ihre jahrzehntelange Wirkung auf die regionale Entwicklung, die Ansiedlung von Auslandsinvestitionen (FDI) sowie den Technologietransfer hat ihre strategische Bedeutung im wirtschaftspolitischen Instrumentarium des Staates nachhaltig unterstrichen¹².

Die schrittweise Integration der bisherigen SWZ in die landesweit geltende Polnische Investitionszone (PIZ) markiert dabei nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine konzeptionelle Transformation: Weg von territorial begrenzten Vergünstigungen hin zu einem flexibleren, zielgerichteten Förderansatz, der den gesamten Staatsraum umfasst.

Entscheidend für die künftige Wirksamkeit dieser Investitionsinstrumente wird ihre Fähigkeit sein, sich dynamisch an neue makroökonomische, gesellschaftliche und technologische Rahmenbedingungen anzupassen. Dazu zählen insbesondere:

¹². Ministerium für Entwicklung und Technologie, Entwicklungsstrategie 2030.

- Digitalisierung und Industrie 4.0 – die Notwendigkeit, moderne Produktionsstandorte mit digitaler Infrastruktur und smarten Technologien zu fördern;
- Ökologische Transformation – im Sinne der EU-Klimaziele erfordert dies die Förderung von Investitionen mit geringem CO₂-Ausstoß, in Kreislaufwirtschaft sowie erneuerbare Energien;
- Demografischer Wandel – zunehmender Fachkräftemangel in vielen Regionen erfordert eine stärkere Einbindung von Qualifizierungspro-

grammen, Bildungseinrichtungen und regionaler Arbeitsmarktpolitik in das Investitionsfördermodell.

Langfristig hängt die Wettbewerbsfähigkeit Polens als Investitionsstandort davon ab, wie effektiv die PIZ nicht nur Kapital, sondern auch nachhaltige Innovation, hochwertige Arbeitsplätze und regionale Resilienz generieren kann. In diesem Sinne kann die PIZ als Weiterentwicklung und Modernisierung der SWZ verstanden werden – ein Instrument, das das Erbe der Transformation mit den Herausforderungen der Zukunft verbindet.

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird die Transformation des polnischen Investitionsanreizsystems von der Mitte der 1990er Jahre eingeführten Sonderwirtschaftszonen (SWZs) zur 2018 eingerichteten landesweiten polnischen Investitionszone (PIZ) analysiert. Der Artikel bespricht die historische Rolle der SWZ in der post-sozialistischen Transformation, ihre Auswirkungen auf die regionale Entwicklung und ihre schrittweise Integration in den neuen PIZ-Rahmen. Es werden strukturelle Veränderungen, förderfähige Kosten, jüngste Gesetzesänderungen und die wachsende Rolle von ESG-Kriterien beleuchtet. Darüber hinaus werden das polnische Modell mit denen anderer mittel- und osteuropäischer Länder und betont seine Flexibilität, seine Angleichung an die EU-Beihilfevorschriften und sein Potenzial zur Unterstützung von Digitalisierung, Industrie 4.0 und ökologischer Transformation verglichen. In der Schlussfolgerung wird das PIZ als modernisierte Fortsetzung der SWZ bewertet, die darauf ausgelegt ist, den Herausforderungen der Wettbewerbsfähigkeit, der Nachhaltigkeit und des regionalen Zusammenhalts im 21. Jahrhundert gerecht zu werden.

Schlüsselwörter: Sonderwirtschaftszonen, Polnische Investitionszone, Investitionsförderung, Regionalentwicklung, Transformation, ESG

Abstract

This paper analyzes the transformation of Poland's investment incentive system from Special Economic Zones (SEZs), introduced in the mid-1990s, to the nationwide Polish Investment Zone (PIZ) established in 2018. The study discusses the historical role of SEZs in the post-socialist transformation, their impact on regional development, and their gradual integration into the new PIZ framework. The paper highlights structural changes, eligible costs, recent legislative amendments, and the growing role of ESG criteria. Furthermore, it compares Poland's model with those of other Central and Eastern European countries, emphasizing its flexibility, alignment with EU state aid rules, and potential for supporting digitalization, Industry 4.0, and ecological transformation. The conclusion assesses the PIZ as a modernized continuation of SEZs, designed to meet the challenges of competitiveness, sustainability, and regional cohesion in the 21st century.

Keywords: Special Economic Zones, Polish Investment Zone, investment incentives, regional development, transformation, ESG



Über die Autorin: Dr Katarzyna Witczyńska - Die Autorin ist Wissenschaftlerin im Bereich Wirtschaftswissenschaften, mit besonderem Interesse an Fragen der Regionalentwicklung, Investitionsförderung und der europäischen Integration, E-Mail: katarzyna.witczynska@uwr.edu.pl.

✍ Andrzej Bisztyga

Wird der schlesische Dialekt der polnischen Sprache den Status einer Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen erlangen?

Polen hat den Ruf eines Landes, dessen Rechtssystem die Rechte der Regionalsprachen, sowie die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten uneingeschränkt garantiert. Es ist davon auszugehen, dass Polen alle in den Normen des Völkerrechts und des Europarechts in diesem Zusammenhang festgelegten Standards erfüllt und die einschlägigen gesetzlichen Lösungen als anerkennungswürdig bewertet werden¹.

Am 26. April 2024 verabschiedete der Sejm der Republik Polen jedoch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten und über die Regionalsprachen sowie einiger anderer Gesetze². Die Verabschiedung dieses Gesetzes war der Höhepunkt von sieben früheren, erfolglosen Versuchen, dem schlesischen Dialekt den Status einer Regionalsprache zu verleihen. Diese Versuche wurden oft von Signalen und Bemühungen begleitet, die schlesische Gemeinschaft als ethnische oder nationale Minderheit anzuerkennen. Der Präsident der Republik Polen hat sich in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit geweigert, das genannte Gesetz zu unterzeichnen, und dem Sejm einen Antrag auf erneute Prüfung gestellt³. Im Sejm fehlt die erforderliche Mehrheit, um den Einspruch des Präsidenten abzulehnen. Die unterschiedlichen Standpunkte des Parlaments und des Staatsoberhauptes betreffen die mögliche Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache.

In der polnischen Rechtsordnung ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECJRM) des Europarats der wichtigste normative Rechtsakt zur Regelung der Frage der Regionalsprache⁴ das Polen 2009 zusammen mit einem erläuternden Bericht ratifiziert hat, sowie das bereits erwähnte Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und über die Regionalsprache. Darüber hinaus sind



sowohl die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten⁵ (Art. 14) des Europarates und die Charta der Grundrechte (Artikel 21) der Europäischen Union⁶ ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der Sprache zu formulieren. Erwähnenswert ist auch das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates, wobei sein Rahmencharakter lediglich den programmatischen Charakter seiner Bestimmungen bestimmt, die vom nationalen Gesetzgeber weiterentwickelt werden müssen. Jede Auslegung dieser Rechtsakte muss mit den Bestimmungen der Verfassung der Republik Polen vereinbar sein. Indirekt werden die Fragen des Schutzes sprachlicher Minderheiten durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte behandelt⁷ (Art. 27) und das Kopenhagener Dokument der OSZE⁸.

1. P.B. Zientarski, Sytuacja prawna mniejszości narodowych w systemie konstytucyjnym Rzeczypospolitej Polskiej, Poznań 2019, s. 215.
2. Ustawa została uchwalona z przedłożenia poselskiego (druk sejmowy nr 233). Za przyjęciem ustawy głosowało 236 posłów, przeciwko było 186 posłów a 5 posłów wstrzymało się od głosu. Ustawę poparli wszyscy obecni na sali plenarnej posłowie Koalicji Obywatelskiej, Trzeciej Drogi, Lewicy, dwóch posłów Prawa i Sprawiedliwości z województwa śląskiego Bolesław Piecha i Marek Wesoły oraz poseł niezrzeszony Adam Gomola. Senat przyjął tę ustawę bez poprawek uchwałą z dnia 9 maja 2024r.
3. Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997r. (Dz.U. 1997r., nr 78, poz. 483 z późn. zm.).
4. Europejska Karta języków regionalnych lub mniejszościowych sporządzona w Strasburgu dnia 5 listopada 1992 r. (Dz.U. 2009r., nr 137, poz. 1121).
5. Konwencja o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności sporządzona w Rzymie dnia 4 listopada 1950 r. (Dz.U. 1993, nr 61, poz. 284).
6. Karta praw podstawowych Unii Europejskiej (Dz.Urz. UE C 303/01 z dnia 14 grudnia 2007r.).
7. Międzynarodowy pakt praw obywatelskich i politycznych (Dz.U. 1977, nr 38, poz. 167).
8. OSCE 1975-2000, Handbook, Secretariat of the Organization for Security and Co-operation in Europe, Vienna 2000, s.101. A.Bisztyga, Ludzki wymiar Organizacji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie, [w:] B.Banaszak, A. Bisztyga, K. Complak, M. Jabłoński, R. Wieruszewski, K. Wójtowicz: System ochrony praw człowieka, Kraków 2003, s. 168.

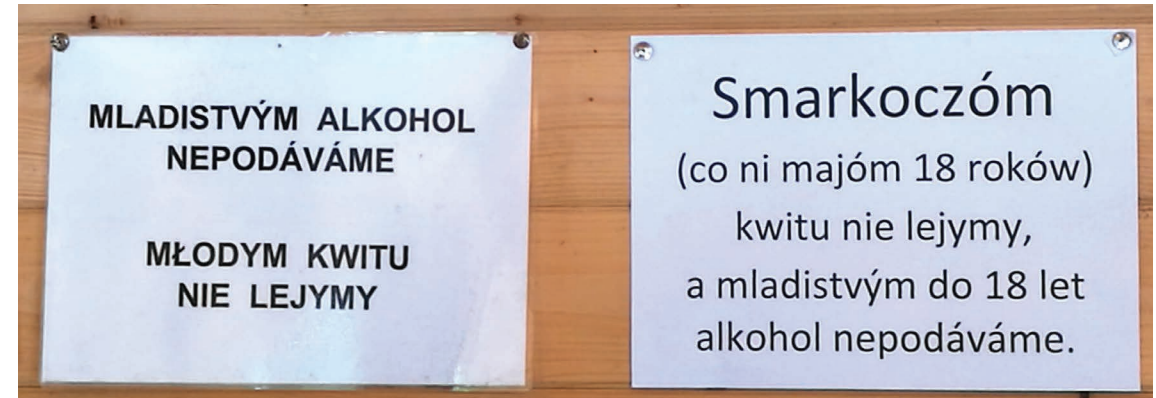
Ziel dieses Beitrags ist es, eine Vielzahl von rechtlichen Argumenten darzustellen, die in der Diskussion über die mögliche Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen unter Berücksichtigung der nationalen, gesetzlichen Entwicklung ihrer Bestimmungen verwendet wurden. Es sei darauf hingewiesen, dass das Verhalten der Mitgliedstaaten der oben genannten Charta stark von Vorsicht im Bereich der Erklärung von Regionalsprachen geprägt ist. So erkannte die Bundesrepublik Deutschland nur das Niederdeutsche als Regionalsprache an, und die Republik Polen erkannte nur das Kaschubische als solche an⁹.

Für das polnische Parlament ist der Rat für die polnische Sprache eine maßgebliche und repräsentative Institution in Angelegenheiten, die die polnische Sprache betreffen. Es handelt sich um eine gesetzlich anerkannte, spezialisierte Beratungsinstitution¹⁰, die vom Präsidium der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Fragen der Verwendung der polnischen Sprache eingesetzt wurde. Im vorliegenden Fall stellte der Rat fest, dass es sich bei der Sprachvarietät der schlesischen Muttersprachler um einen Dialekt des Polnischen handelt. In der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieser Dialekt von Linguisten aus wissenschaftlichen Kreisen von Breslau, Oppeln, Krakau und Kattowitz gründlich erforscht und beschrieben¹¹.



Die mit dem schlesischen Dialekt verbundenen Fragen sind ein gut entwickeltes Forschungsgebiet und haben eine lange Tradition, um nur auf die wissenschaftlichen Arbeiten von Samuel Bandtkie, Stanisław Bąk, Henryk Borek, Jan Bystron, Bożena Czastka-Szymon, Walenty Dobrzyński, Lucjan Malinowski, Robert Mrózek, Jerzy Ludwig, Kazimierz Nitsch, Andrzej Markowski, Jan Miodek, Feliks Pluta, Stanisław Rospond, Helena Synowiec und anderen hinzuweisen¹². Bereits die ersten Forscher (Bandtkie, Malinowski, Nitsch) haben bewiesen, dass es sich bei den schlesischen Dialekten um Dialekte der polnischen Sprache handelt, und dass der schlesische Dialekt, aus dem sie bestehen, derselbe Dialekt der polnischen Sprache ist wie die Dialekte von Kleinpolen, Großpolen und Masowien. Es ist unmöglich, die Ergebnisse von über hundert Jahren wissenschaftlicher Forschung von Dialektologen in Frage zu stellen, denn es ist schwer zu glauben, dass sie alle, die unter unterschiedlichen Bedingungen und oft unabhängig voneinander handeln, zu wissenschaftlich falschen Schlussfolgerungen gekommen sind¹³.

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Sprache betreffen die Regionalsprache nicht unmittelbar¹⁴. Auf der anderen Seite ist die wichtigste gesetzliche Regelung für die untersuchte Frage der Artikel 19 des Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten und über die Regionalsprache. Was besonders wichtig ist, ist, dass dieser Artikel eine exakte Kopie von Artikel 1 Buchstabe a der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ist, so dass zwischen diesen Verordnungen volle sprachliche Kohärenz besteht, was sich auf die Einheitlichkeit der Auslegung der Bestimmungen beider normativer Rechtsakte auswirkt. In Anbetracht der oben genannten Regelungen ist eine Regionalsprache also eine Sprache, die zwei Bedingungen erfüllt. Erstens wird es traditionell auf dem Gebiet eines bestimmten Landes von seinen Bürgern verwendet, die zahlenmäßig eine kleinere Gruppe darstellen



als der Rest der Bevölkerung dieses Landes. Diese Bedingung ist im Falle des schlesischen Dialekts erfüllt. Zweitens unterscheidet sich die Sprache von der Amtssprache dieses Landes, und dazu gehören weder die Dialekte der Amtssprache des Staates noch die Sprachen der Migranten. Diese Voraussetzung ist in Bezug auf den schlesischen Dialekt nicht erfüllt, da die Charta Dialekte eindeutig aus ihrem Anwendungsbereich ausnimmt. In Anbetracht der Feststellungen der überwiegenden Mehrheit der Sprachwissenschaftler, einschließlich der offiziellen Position des Rates für die polnische Sprache, kann daher von der Erfüllung dieser Bedingung keine Rede sein, und dies schließt wiederum die Möglichkeit aus, die schlesische Sprache unter dem derzeitigen Rechtsstatus als Regionalsprache anzuerkennen. Die Erlangung des gesetzlichen Status einer Regionalsprache hat in der Praxis für ihre Benutzer die gleichen Folgen wie für eine nationale oder ethnische Minderheit. Dies wird durch Artikel 19 Absatz 2 des oben genannten Gesetzes bestimmt, der auf seine Artikel 7 bis 15 (Kapitel 2) verweist, die den Benutzern der Regionalsprache Rechte einräumen. Dabei handelt es sich um bedeutende Befugnisse, wie das Recht der Nutzer der Regionalsprache, ihre Vor- und Nachnamen nach den Rechtschreibregeln der Minderheitensprache zu verwenden und zu buchstabieren, und das Recht, die Regionalsprache im privaten und öffentlichen Leben zu verwenden. Besonders wichtig ist, dass eine Regionalsprache vor den Gemeindebehörden als Hilfssprache verwendet werden kann, wenn sie von mindestens 20 Prozent der Gesamteinwohner der Gemeinde verwendet wird, und dies ist an die Bedingung gesetzt, dass eine Eintragung in das amtliche Verzeichnis der Gemeinden vorgenommen wird, in denen die Hilfssprache verwendet wird¹⁵. Darüber hinaus können neben den offiziellen Namen von Orten und physiografischen Objekten sowie Straßennamen weitere traditionelle Namen in der Regionalsprache verwendet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass der schlesische Dialekt zweifellos ein Dialekt der polnischen Sprache ist, die die Amtssprache der Re-

publik Polen ist (Artikel 27 der Verfassung der Republik Polen) und nicht als von der polnischen Sprache getrennte Sprache behandelt werden kann. Auf der anderen Seite wäre die Behauptung, dass der schlesische Dialekt kein polnischer Dialekt sei, ebenso unbegründet wie die Behauptung, dass die polnische Sprache keine slawische Sprache sei¹⁶. Diese Feststellung schließt jedoch nicht aus, dass eine gewaltsame Lösung im politischen Sinne gewählt wird, die in der Verabschiedung eines Gesetzes besteht, das der dargelegten, objektiven sprachlichen und rechtlichen Argumentation und gleichzeitig der oben genannten Charta und dem Gesetz widerspricht. Die mögliche Verleihung des Status einer Regionalsprache an den schlesischen Dialekt sowie die Versuche, die schlesische Rechtschreibung zu kodifizieren, können als Versuch gewertet werden, die Etablierung der schlesischen Volkszugehörigkeit abseits objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse politisch und offiziell durchzusetzen.



Angesichts des Defizits an sprachlicher und rechtlicher Argumentation zugunsten der Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache wandten sich die Befürworter dieses Verfahrens Argumenten grundlegend politischer Natur zu. Die Quelle dieser Argumente sind die Ergebnisse der Volkszählung von 2011, bei der 376.000 Menschen ihre Staatsangehörigkeit als ausschließlich schlesisch angaben¹⁷. Im Hinblick auf die internationalen, europäischen und

9. Wniosek Prezydenta RP o ponowne rozpatrzenie ustawy o zmianie ustawy o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym oraz niektórych innych ustaw, Warszawa, 28 maja 2024 r., s.8. <https://orka.sejm.gov.pl/Druki10ka.nsf/0/8B123D99393503A8C1258B3A0024C96C/%24File/434.pdf>.

10. Ustawa o języku polskim, (tekst jednolity Dz.U. 2024 poz.1556).

11. Opinia Rady Języka Polskiego przy Polskiej Akademii Nauk z dnia 20 maja 2011 r. dla Ministra Spraw Wewnętrznych i Administracji, [w:] Śląszczyzna jest odmianą dialektalną języka polskiego, Śląsk, nr 11, s. 3.

12. J. Wronicz, Mowa Ślązaków – gwara, dialekt czy język regionalny (w związku z próbą zmiany statusu prawnego), LingVaria VIII (2013), s. 177.

13. A. Markowski, Opinia o projekcie ustawy o zmianie ustawy o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym, a także niektórych innych ustaw, 1 października 2012, Biuro Analiz Sejmowych (druk nr 567), <https://orka.sejm.gov.pl/EKSBAS.nsf/0/C125768C004D7EE7C1257ACA00496714/%24file/12207-12A.htm>, (dostęp: 18.07.2025).

14. E. Kurzepa, Prawna ochrona języka regionalnego, Przegląd Prawa Publicznego 2009, nr 1, s. 39.

15. Patrz P. Fiktus, Kilka uwag odnośnie do języka pomocniczego w świetle ustawy o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym, Opolskie Studia Administracyjno-Prawne XV/2, Opole 2018, s. 27 i nast.

16. J. Wronicz, Mowa Ślązaków – gwara, dialekt czy język regionalny (w związku z próbą zmiany statusu prawnego), LingVaria VIII (2013), s. 175.

17. S. Łodziński, K. Warmińska, G. Gudaszewski (Hrsg.): Nationale und ethnische Minderheiten im Lichte der Volkszählung von 2011, Warschau 2025, s. 65.



nationalen Rechtsvorschriften liegt die Anerkennung eines Dialekts als Regionalsprache – wie auch die von nationalen oder ethnischen Minderheiten – in der Zuständigkeit des Staates¹⁸. Konkret gesagt, ob die von einer bestimmten Gruppe von Bürgern in einem bestimmten Gebiet verwendete Ausdrucksform eine Regionalsprache darstellt, ist eine Frage, die von dem Staat zu klären ist, der Vertragspartei der Charta der Regional- und Minderheitensprachen ist¹⁹. Die Frage, ob der Staat den Status einer Regionalsprache zuerkennt, hängt nicht nur von streng sprachlichen Kriterien ab, sondern auch von psychologischen, soziologischen und politischen Phänomenen, die unterschiedliche Reaktionen hervorrufen können. Daher wird es Sache der staatlichen Behörden sein, nach demokratischen Verfahren zu entscheiden, welche Ausdrucksformen eine eigene Sprache schaffen²⁰. Es ist nämlich Sache des nationalen Gesetzgebers, die Art der Prämissen zu bestimmen, auf die er seine gesetzliche Entscheidung stützt, und in jedem dieser Fälle sollte der Verordnungsvorschlag mit dem Vertragsrecht und der Verfassung der Republik Polen vereinbar sein.

In letzter Zeit hat die Aktivität der Befürworter der Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache als Folge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 14. März 2024 zugenommen²¹. Die Tätigkeit dieser Unterstützer beweist das Bestehen von Verbindungen zwischen der Frage der Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache und den Bemühungen um die rechtliche Anerkennung der Existenz der schlesischen nationalen Minderheit in der Republik Polen. Demnach hat Polen gegen Artikel 11 (Recht auf Vereinigungsfreiheit) der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verstoßen. Der EGMR erklärte, dass die Auflösung der Vereinigung von Menschen schlesischer Nationalität das letzte Mittel sein sollte, auf das der Staat

zurückgreifen kann, wenn Vereinigungen zu Gewalt aufrufen oder die Grundsätze der Demokratie direkt in Frage stellen. Auf der anderen Seite sollten alle anderen Verbände vom Staat toleriert werden, auch wenn ihre Ansichten nach Meinung der Behörden schockierend und inakzeptabel und ihre Forderungen ungerechtfertigt sind. Das Gericht wies darauf hin, dass die polnischen Gerichte nicht erläutert hatten, inwiefern die Eintragung der Vereinigung von Personen schlesischer Nationalität die öffentliche Ordnung gefährden würde. Andererseits ist die bloße Tatsache, dass der Begriff "schlesische Nationalität" sowohl im Namen des Vereins als auch in seiner Satzung verwendet wird, keine hinreichende Voraussetzung für dessen Auflösung und beweist nicht, dass in diesem Fall ein dringendes soziales Bedürfnis (*pressing social need*) besteht, das in der Rechtsprechung des EGMR erforderlich ist, m.in. das Recht auf Vereinigungsfreiheit einzuschränken. Es sollte betont werden, dass die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Tätigkeit einer Vereinigung mit einem solchen Namen jedoch nicht bedeutet, dass der Staat die Existenz der schlesischen nationalen oder ethnischen Minderheit oder die Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache anerkennt. Die Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache kann nur durch eine Änderung des Gesetzes über nationale oder ethnische Minderheiten und über die Regionalsprache erreicht werden, indem der bisher aus einem Element bestehende, gesetzlich vorgeschriebene Katalog der Regionalsprachen erweitert wird (Artikel 19 Absatz 2 des Gesetzes). Bisher ist Kaschubisch die einzige in Polen anerkannte Regionalsprache. Die kaschubische Sprache gilt als der ausgeprägteste und archaischste Dialekt der polnischen Sprache²².

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Präambel der Charta der Regional- und Minderheitensprachen auch den Status der Amtssprache des Staates sichert,



indem sie besagt, dass der Schutz und die Förderung der Regionalsprache nicht zu Lasten der Amtssprache gehen dürfen und dass sie nur im Rahmen der nationalen Souveränität und territorialen Unversehrtheit erfolgen können. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass es keine Rechtsgrundlage für Aktivitäten gibt, die unter anderem darin bestehen, schlesische Flaggen an den Ämtern der Kommunalverwaltungen anstelle der entfernten offiziellen polnischen Flaggen oder des polnischen Staatswappens aufzuhängen²³.

Einige Befürworter der Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache verbinden diese Frage mit dem Wunsch, die schlesische Minderheit als ethnische Minderheit anzuerkennen²⁴. Das Fehlen einer rechtlichen Möglichkeit, die Sprecher des schlesischen Dialekts als nationale Minderheit anzuerkennen, ergibt sich aus der gesetzlichen Definition einer nationalen Minderheit, da sie nicht die Möglichkeit haben, sich mit der in ihrem eigenen Staat organisierten Nation zu identifizieren (Artikel 2 Absatz 1 Punkt 6 des Gesetzes). Dennoch sollte die sprachliche Besonderheit als ein entscheidendes Element für die ethnische Zugehörigkeit einer Person angesehen werden²⁵.

Nicht ohne Grund hat der polnische Gesetzgeber niemals, auch nicht bei der Verabschiedung des Gesetzes über nationale und ethnische Minderheiten und über die Regionalsprache, die Schlesier als nationale oder ethnische Minderheit anerkannt und den schlesischen Dialekt nicht als Regionalsprache anerkannt. Ein solches Problem gab es einfach nicht. Seit der Verabschiedung dieses Gesetzes am 6. Januar 2005 hat

sich an der Natur des schlesischen Dialekts und seiner wissenschaftlichen Bewertung nichts geändert, und auch an seiner allgemeinen Wahrnehmung hat sich in Wirklichkeit wenig geändert. Der schlesische Dialekt wird im Alltag, also zu Hause oder am Arbeitsplatz, nach wie vor frei und problemlos verwendet.

Die Freiheit, die ethnische oder nationale Zugehörigkeit zu wählen, kann nur in Bezug auf objektiv existierende Nationen ausgeübt werden, wie sie sich im historischen Prozess geformt haben. Im Übrigen setzt eine subjektive Erklärung der Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen Gruppe voraus, dass die Existenz einer solchen nationalen Gruppe zuvor gesellschaftlich akzeptiert wird²⁶. Tatsächlich wird die subjektive Voraussetzung der „sozialen Akzeptanz“ in Bezug auf die Existenz einer bestimmten nationalen Gruppe durch die gesetzliche Anforderung verstärkt, dass die Vorfahren der betreffenden Minderheit seit mindestens 100 Jahren auf dem Gebiet der Republik Polen ansässig sein müssen. Diese gesetzliche Voraussetzung – *nota bene* nach deutschem Vorbild – ist nicht erfüllt. Weder vor hundert Jahren noch in der Zwischenkriegszeit oder in der Zeit der Volksrepublik Polen wurde die These von der Existenz der schlesischen Minderheit aufgestellt. Das Postulat der Anerkennung der Schlesier als nationale oder ethnische Minderheit wird als Versuch dargestellt, eine völlig neue Nation oder ethnische Gruppe aufzubauen. In diesem Zusammenhang sind die Versuche, eine ethnische oder nationale schlesische Minderheit zu schaffen, in ihrer Künstlichkeit schockierend. Da kommt mir auch eine Bemerkung in den Sinn, die über den Rahmen juristischer und sprachlicher Argumentation hinausgeht. Es scheint, dass die Verfasser des kommentierten Änderungsantrags die historischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die mit der möglichen Änderung des Status des schlesischen Dialekts verbunden sind, nicht vollständig berücksichtigt haben.



18. J. Sobczak, Europejska Karta Języków Regionalnych lub Mniejszościowych jako instrument integracji międzynarodowej, „Rocznik Integracji Europejskiej” 2009, nr 3, s. 29.

19. B. Żmuda, Czy rząd polski, mimo nieuznania ustawowego Ślązaków za mniejszość etniczną, ma obowiązek dbania o rozwój i zachowanie języka śląskiego w świetle obowiązującego prawa międzynarodowego?, Zeszyty Prawnicze Biura Analiz Sejmowych Kancelarii Sejmu 2023, nr 2(78), s. 302.

20. Raport wyjaśniający do Europejskiej Karty języków regionalnych lub mniejszościowych, Strasbourg, Rada Europy, file:///C:/Users/Ambisz/

Downloads/Raport_wyjaśniający_do_Europejskiej_karty_języków_regionalnych_lub_mniejszościowych%20(1).pdf, p.276, (dostęp: 18.07.2025). Patrz także M. Sagan-Bielawa, Wdrażanie Europejskiej karty języków regionalnych lub mniejszościowych a rzeczywistość socjolingwistyczna w Polsce, Socjolingwistyka XXX, 2016, s. 10.

21. Case of Association of People of Silesian Nationality (in Liquidation) v. Poland, sygn.26821/17, baza orzecznicza ETPC: <https://hudoc.echr.coe.int/?i=001-231550>, (dostęp: 18.07.2025r.).

22. E. Kurzępa, op.cit., s. 42.

23. H. Jaroszewicz, Krytyka prób emancypacji śląszczyzny. Płaszczyzna prawno-ustrojowa, społeczno-polityczna i personalna, Acta Universitatis Wratislaviensis No 3890, Wrocław 2019, s. 145.

24. Przykładowo wystąpienie Rafała Rzepki, [w:] Pełny zapis przebiegu posiedzenia Komisji Mniejszości Narodowych i Etnicznych (nr 8) z dnia 9 kwietnia 2024r., Kancelaria Sejmu, Biuro Analiz Sejmowych, Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, X kadencja, s. 12-13.

25. P.Czarny, Komentarz do artykułu 35 Konstytucji RP, [w:] M. Safjan, L. Bosek (red.): Konstytucja RP, Tom I, Komentarz, Art. 1-86, Warszawa 2016, s. 897.

26. Ibidem, s. 895. Postanowienie Sądu Najwyższego z 18.03.1998r. (I PKN 4/98, OSNAPIUS 1999, Nr 5, poz. 170).



Der schlesische Dialekt war, wie auch die schlesischen Traditionen und Kulturen, in Polen nie diskriminiert, sie hatten und haben die Bedingungen für freies Funktionieren und Entwicklung. Es muss betont werden, dass die Teilnehmer der schlesischen Aufstände in den Jahren 1919, 1920 und 1921 nicht für die Anerkennung ihrer Sprache (Dialekt) als vom Polnischen getrennte Regionalsprache kämpften, und noch weniger für die Anerkennung als nationale oder ethnische Minderheit. Das Ziel der aufständischen Bestrebungen der Schlesier war die Angliederung Oberschlesiens an das Mutterland, d.h. an Polen. In diesem Zusammenhang scheint die Bewegung für die Anerkennung des schlesischen Dialekts als Regionalsprache keine universelle Graswurzelbewegung zu sein, sondern nur das Ergebnis der Anregung durch Gruppen von Menschen, die die schlesische Sprache angeblich aus verschiedenen Gründen "wiederbeleben"²⁷.

In der Praxis gab es Fälle, in denen der schlesische Dialekt von separatistischen Bewegungen verwendet wurde, um die kulturelle und nationale Besonderheit zu betonen²⁸. Maßnahmen dieser Art können berechtigte Befürchtungen einer zu weitgehenden Autonomie Schlesiens hervorrufen²⁹. Das Ansprechen von Sprachenfragen zur Unterstützung der Bemühungen um die Schaffung einer Region mit einer gewissen Unabhängigkeit vom polnischen Staat kann nicht als

mit den Bestimmungen der Charta selbst sowie der Verfassung der Republik Polen vereinbar angesehen werden³⁰. Die Republik Polen ist ein Einheitsstaat (Artikel 3 der Verfassung der Republik Polen), und die Verfassung der Republik Polen sieht die Einrichtung der territorialen Autonomie nicht vor. Es ist richtig, dass das territoriale System der Republik Polen die Umsetzung des Gedankens der Dezentralisierung der öffentlichen Gewalt voraussetzt, aber es muss auch im Rahmen des Verfassungsprinzips des Einheitsstaates erfolgen³¹. So kann die systemische staatliche Unterstützung von Minderheitenorganisationen, die nach systemischen Veränderungen streben, von einem Teil der öffentlichen Meinung und von Politikern angefochten werden³². Ein weiteres Argument für die Verweigerung des schlesischen Dialekts, der in verschiedenen Teilen Oberschlesiens verschieden ist, ist die Gefahr einer internen Feindseligkeit der Schlesier selbst³³ u.a. durch die Schaffung und Popularisierung eines Interdialekts, durch die Kodifizierung dieser Sprache.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich bei dem schlesischen Dialekt im Hinblick auf sprachwissenschaftliche Erkenntnisse und Standpunkte des Rates für die polnische Sprache um einen polnischen Dialekt handelt. Der schlesische Dialekt erfüllt nicht die vertraglichen und gesetzlichen Bedingungen für die Anerkennung als Regionalsprache. Dagegen kann die bloße Überzeugung der betreffenden sozialen Gruppe, dass sie sich durch Sprache, Kultur oder Tradition erheblich von anderen Bürgern unterscheide, nicht als ausreichend angesehen werden³⁴.

Die Annahme der Gesetzesänderung durch die Parlamentsmehrheit war daher Ausdruck der Vorrangstellung der politischen Argumentation und des ihr zugeschriebenen Subjektivismus gegenüber der objektiven wissenschaftlichen Argumentation, einschließlich der Position des Rates für die polnische Sprache. Mit anderen Worten, die Parlamentsmehrheit, die willkürlich und ohne sprachliche und rechtliche Begründung für die Verleihung des schlesischen Dialekts der polnischen Sprache gestimmt hat, hat beschlossen, dass dies nach nicht-sprachlichen Kriterien, vor allem aus politischen Erwägungen, bestimmt werden soll. Der umfassendere verfassungsrechtliche Aspekt des fraglichen Gesetzes wurde ebenfalls weggelassen. Die Vorlage des Gesetzentwurfs an den Präsidenten der Republik Polen zur Unterschrift veranlasste diesen, den Gesetzentwurf zur erneuten Prüfung an den Sejm zu überweisen. Der Präsident

hat sich gegen eine Vorlage beim Verfassungsgericht entschieden, was Gegenstand einer gesonderten Erörterung sein könnte.

Es gibt Gründe für die Annahme, dass der am 1. Juni 2025 gewählte Präsident der Republik Polen nicht beabsichtigt, das Gesetz zu unterzeichnen, das dem schlesischen Dialekt den Status einer Regionalsprache verleiht, was letztlich die Möglichkeit seines Inkrafttretens beenden würde.

Daher ist es notwendig, die Auffassung von P. B. Zientarski zu teilen, dass grundsätzlich nicht behauptet werden kann, dass die Republik Polen eine kohärente, logisch bedingte ethnische Politik betreibt³⁵, dabei handelt es sich um eine Politik, die sowohl die Regionalsprache als auch die ethnischen und nationalen Minderheiten betrifft. Zu

dieser Schilderung der Situation gehört auch die unter Berücksichtigung der vorgelegten rechtlichen Argumentation unlogische und widersprüchliche Verabschiedung des Gesetzes, das dem schlesischen Dialekt den Status einer Regionalsprache verleihen sollte. Die Annahme der vorgeschlagenen Änderung des Rechtsakts würde zu einem inneren Widerspruch sowie zu einem Widerspruch zu den Bestimmungen der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen führen. Die vorgeschlagene Änderung weckt auch Zweifel an ihrer Vereinbarkeit mit der Verfassung der Republik Polen.

Ergo, würde die gesetzliche Zuerkennung des Status einer Regionalsprache für den schlesischen Dialekt der polnischen Sprache einen Verstoß gegen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen darstellen.

Zusammenfassung

Mehrere Versuche, den schlesischen Dialekt des Polnischen rechtlich als Regionalsprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats anzuerkennen, sind gescheitert. Schließlich verabschiedete der Sejm der Republik Polen am 26. April 2024 ein Gesetz, das dem schlesischen Dialekt den Status einer Regionalsprache zuerkannte, aber der Präsident der Republik Polen weigerte sich faktisch, es zu unterzeichnen. Das Gesetz trat nicht in Kraft. Dieser Akt gab Anlass zu ernsthaften Streitigkeiten unter den Sprachwissenschaftlern, aber nach der vorherrschenden und überzeugenden Argumentation ist der schlesische Dialekt der Dialekt der Amtssprache in der Republik Polen. Darüber hinaus äußert sie ernsthafte Zweifel an der Einhaltung der oben genannten Charta sowie der Verfassung der Republik Polen. Der Verfasser ist der Auffassung, dass es keine ausreichenden Gründe gibt, dem schlesischen Dialekt den Status einer Regionalsprache im Sinne der oben genannten Charta zuzuerkennen.

Schlüsselwörter: Schlesischer Dialekt, Schlesische Sprache, Schlesische Sprache, Regionalsprache, ethnische Minderheit, Europäische Charta der Stadt- und Regionalsprachen, Verfassung der Republik Polen

Abstract

Several attempts to legally recognize the Silesian dialect of Polish as a regional language within the meaning of the European Charter for Regional or Minority Languages of the Council of Europe have not been successful. Finally, on 26 April 2024, the Sejm of the Republic of Poland passed a law granting the Silesian dialect the status of a regional language, but the President of the Republic of Poland effectively refused to sign it. The act did not enter into force. This act gave rise to serious disputes among linguists, however, according to the dominant and convincing argumentation, the Silesian dialect is the dialect of the official language in the Republic of Poland. Moreover, it raises serious doubts as to its compliance with the above-mentioned Charter, as well as with the Constitution of the Republic of Poland. The author is of the opinion that there are insufficient grounds for granting the Silesian dialect the status of a regional language within the meaning of the above-mentioned Charter.

Keywords: Silesian dialect, Silesian speech, Silesian language, regional language, ethnic minority, European Charter for Urban and Regional Languages, Constitution of the Republic of Poland



Über den Autor: Prof. Dr. habil. Andrzej Bisztyga, Direktor des Institutes für Rechtswissenschaften an der Universität Zielona Góra, Leiter des Lehrstuhls für Verfassungsrecht, Europäisches und Internationales Recht, Institut für Rechtswissenschaften, Universität Zielona Góra, E-Mail: A.Bisztyga@wpa.uz.zgora.pl.

27. H. Jaroszewicz, op.cit., s. 151.

28. Patrz B. Cząstka-Szymon, Starania o śląski język regionalny oraz status mniejszości etnicznej dla Ślązaków w latach 2007-2025 na tle faktów historyczno-kulturowych, [w:] M. Zaśko-Zielińska, M. Misiak, J. Kamieniecki, T. Piekota (red.): Lingua et Gaudium, Księga Jubileuszowa ofiarowana profesorowi Janowi Miodkowi, Wrocław 2016, s. 158, 163 i nast.

29. B. Cząstka-Szymon, Opinia o projekcie zmiany ustawy o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym, a także niektórych innych ustaw, LingVaria VIII (2013), s. 190; E. Kurzępa, op.cit., s. 45.

30. Por. M. Siuciak, Czy w najbliższym czasie powstanie język śląski?, Poznańskie

Studia Polonistyczne. Seria Językoznawcza nr 19(39) 2012, s. 36.

31. P. Sarnecki, Komentarz do artykułu 3 Konstytucji RP, [w:] L. Garlicki (red.): Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz, Warszawa 2007, s. 2.

32. Wniosek Prezydenta RP o ponowne rozpatrzenie ustawy ..., s. 9. Opinia Biura Analiz Sejmowych z dnia 15 lutego 2024r., s. 24-25.

33. B. Cząstka-Szymon, Opinia o projekcie ..., s. 192-193.

34. Wniosek Prezydenta RP o ponowne rozpatrzenie ustawy ..., s. 2, https://orka.sejm.gov.pl/Druki10ka.nsf/0/8B123D99393503A8C1258B3A0024C96C/%24File/434.pdf

35. P. B. Zientarski, op.cit., s. 215.

Kwestia konieczności przyjęcia ustawy reprivatyzacyjnej w świetle art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC

1. Uwagi wstępne

Reprivatyzację można określić jako proces zmierzający do zwrotu znacjonalizowanego mienia na rzecz dawnych właścicieli lub wypłacenia im odszkodowania z tytułu wywłaszczenia.

W Polsce nie została po 1989 r. dokonana kompleksowa reprivatyzacja, która odniosłaby się do wszelkich kategorii mienia dotkniętego nacjonalizacją. W latach 1989-2015 do Sejmu trafiło 18 projektów ustaw podejmujących problem reprivatyzacji w sposób kompleksowy i systemowy, z czego tylko jedna tego rodzaju ustawa została uchwalona, choć nie weszła w życie¹. Warto przy tym wspomnieć, że w art. 2 ust. 1 Ustawy z dnia 7 marca 2001 r. o reprivatyzacji, która została zawetowana przez Prezydenta znajduje się szczegółowy katalog aktów normatywnych o charakterze wywłaszczeniowym i konfiskacyjnym.

W Polsce zostały przyjęte jedynie tzw. sektorowe ustawy reprivatyzacyjne, które odnosiły się do określonych kategorii wywłaszczonego mienia i określonych podmiotów dotkniętych nacjonalizacją²

Polska ratyfikowała w 1993 r. Europejską Konwencję o Ochronie Praw Człowieka i Podstawowych Wolności z dnia 4 listopada 1950 r.³, a dnia 10 października 1994 r. – Protokół Nr 1 z dnia 20 marca 1952 r. do Konwencji o Ochronie Praw Człowieka i Podstawowych Wolności⁴.

Niniejszy artykuł analizuje kwestie ewentualnej konieczności przyjęcia kompleksowej ustawy reprivatyzacyjnej w oparciu o art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC, przy uwzględnieniu bogatego orzecznictwa ETPC dotyczącego wykładni i stosowania art. 1. Rozważania zawarte w niniejszym artykule nie odnoszą się do spraw przeciwko Polsce, w których skarżący zarzucali naruszenie art. 6 EKPC podczas postępowań przed



polskimi sądami, dotyczących zwrotu wywłaszczonego mienia względnie odszkodowania z tytułu wywłaszczenia. Artykuł nie analizuje orzecznictwa ETPC w zakresie dotyczącym naruszenia art. 14 EKPC m.in. dlatego, że art. 14 nie może być samoistną podstawą skargi do ETPC, ma charakter akcesoryjny wobec innych chronionych praw. W określonych sytuacjach naruszenie art. 14 EKPC może być oczywiście zarzucane państwu, m.in. w związku z art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC lub art. 6 EKPC. Zastosowanie art. 14 EKPC w związku z art. 1 Protokołu Nr 1 wymagałoby jednak wykazania, że naruszenie zasady niedyskryminacji wiązało się ściśle z naruszeniem prawa własności⁵.

W artykule została pominięta ocena przyczyn braku przyjęcia przez ustawodawcę przez trzy dekady kompleksowej ustawy reprivatyzacyjnej.

2. Pojęcie mienia w rozumieniu art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC

W art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC została wprowadzona ochrona własności⁶. Brak uregulowania w EKPC ochrony własności nie jest wynikiem przeoczenia, lecz braku politycznej zgody co do uznania prawa własności za jedno z praw człowieka⁷. Idea ochrony własności jako prawa człowieka od początku wywoływała wiele dyskusji. Jak wskazuje M. A. Nowicki „przedmiotem sporu była m.in. kwestia, czy w ogóle należy rozważać włączenie go do katalogu praw, które miały być zagwarantowane w Konwencji. Szczególne kontrowersje wywołał problem odszkodowań w przypadku pozbawienia mienia w drodze nacjonalizacji. One właśnie były powodem zaniechania umieszczenia tego prawa w zasadniczym tekście Konwencji. Stąd protokół dodatkowy”⁸. Przyjęcie art. 1 Protokołu nr 1 do EKPC należy zatem traktować jako rezultat kompromisu państw, będących członkami Rady Europy⁹.

Naruszenie art. 1 Protokołu Nr 1 może być zarzucane jedynie w zakresie, w jakim kwestionowane decyzje odnosiły się do mienia skarżącego w rozumieniu art. 1 Protokołu Nr 1¹⁰. Pojęcie mienia, o którym mowa w art. 1 Protokołu Nr 1, nie jest ograniczone do własności dóbr fizycznych. Ma ono znaczenie autonomiczne i jest niezależne od formalnej klasyfikacji przyjętej przez prawo danego państwa¹¹. Inne niż własność prawa i interesy składające się na majątek mogą być również postrzegane jako prawa majątkowe, a tym samym jako mienie” w rozumieniu art. 1 Protokołu Nr 1¹². Mienie może być istniejącym mieniem lub aktywami¹³.

Osoba zaskarżająca naruszenie jej prawa majątkowego musi udowodnić istnienie tego prawa¹⁴. W każdym postępowaniu ETPC musi rozstrzygnąć, czy okoliczno-



ści danej sprawy, postrzegane jako całość, dawały skarżącemu tytuł do interesu materialnoprawnego, który jest chroniony przez art. 1 Protokołu Nr 1, a tym samym czy przepis ten znajduje zastosowanie w sprawie¹⁵. Mienie może w określonych sytuacjach obejmować nawet roszczenia¹⁶. Aby roszczenie mogło zostać uznane za aktywa wchodzące w zakres stosowania art. 1 Protokołu Nr 1, skarżący powinien wykazać, że ma ono wystarczające podstawy w prawie krajowym¹⁷. Wystarczająca podstawa w prawie krajowym występuje wówczas, gdy roszczenie jest wystarczająco ustalone, by można go było dochodzić¹⁸. Warto wspomnieć, że nie podlega ochronie przewidzianej art. 1 Protokołu Nr 1 warunkowe roszczenie, które upadło w wyniku niespełnienia warunku¹⁹.

Sama nadzieja, że może zostać przywrócone prawo własności, którego już od dawna nie można skutecznie wykonywać i które zostało utracone przed wejściem w życie w stosunku do państwa Protokołu Nr 1, nie może być uznane za mienie w rozumieniu art. 1 Protokołu Nr 1²⁰. Gdy przedmiotem skargi jest roszczenie, skarżący może natomiast argumentować i dowodzić, że ma przynajmniej uzasadnione prawne oczekiwanie uzyskania efektywnego korzystania z prawa majątkowego²¹. ETPC rozgranicza w swoim orzecznictwie konsekwentnie nadzieję od uzasadnionej prawnie ekspektatywy, która musi mieć bardziej konkretny charakter niż sama nadzieja skarżącego i być bardziej od niej realna²².

1. K. Dobrzeński, M. Romanowski, Reprivatyzacja: problemy tworzenia i stosowania prawa, Wydawnictwo Uniwersytetu Kardynała Stefana Wyszyńskiego, Warszawa 2015, s. 77; J. Rudzka, A. Semenowicz, R. Stawicki, Problematyka reprivatyzacji w świetle projektów ustaw w latach 1989-2010, ze szczególnym uwzględnieniem propozycji ostatnich regulacji, Biuro Analiz i Dokumentacji Kancelarii Senatu, Warszawa 2010, s. 22.
2. Szerzej: K. Dobrzeński, M. Romanowski, op. cit., s. 93-110.
3. Dz. U. z dnia 10 lipca 1993 r., Nr 61, poz. 284.
4. Dz. U. z dnia 4 kwietnia 1995 r., Nr 36, poz. 175.
5. Por. V. Zagórska, Odpowiedzialność państwa za naruszenie praw mniejszości narodowych – słabości międzynarodowego systemu ich ochrony [w:] Odpowiedzialność międzynarodowa w związku z naruszeniami praw człowieka i międzynarodowego prawa humanitarnego,

red. M. Balcerzak, J. Kapelańska-Pregowska, Katedra Praw Człowieka, Wydział Prawa i Administracji, Uniwersytet Mikołaja Kopernika, Toruń 2016, s. 213; M. Ciesielska, Zakaz dyskryminacji i zasada równości w regionalnych systemach ochrony praw człowieka na przykładzie Europejskiej Konwencji Praw Człowieka i Arabskiej Karty Praw Człowieka [w:] Ochrona praw człowieka w wymiarze regionalnym, red. M. Marcinko, Ośrodek Międzynarodowego Prawa Humanitarnego i Praw Człowieka Wydziału Prawa i Administracji Uniwersytetu Jagiellońskiego, Kraków 2012, s. 23; W. M. Góralski, Przejęcie własności niemieckiej przez Państwo Polskie po drugiej wojnie światowej na Ziemiach Zachodnich i Północnych a niemieckie roszczenia odszkodowawcze, Warszawa 2004 (<http://uwlaszczenia.gabo.pl/dok1.php?id=126>) [data dostępu: 20 lipca 2019 r.].

6. Art. 1 zatytułowany „Ochrona własności” brzmi następująco: „Każda osoba fizyczna i prawna ma prawo do poszanowania swego mienia. Nikt nie może być pozbawiony swojej własności, chyba że w interesie publicznym i na warunkach przewidzianych przez ustawę oraz zgodnie z ogólnymi zasadami prawa międzynarodowego. Powyższe postanowienia nie będą jednak w żaden sposób naruszać prawa państwa do stosowania takich ustaw, jakie uzna za konieczne do uregulowania sposobu korzystania z własności zgodnie z interesem powszechnym lub w celu zabezpieczenia uiszczania podatków bądź innych należności lub kar pieniężnych”.
7. K. Przybyszewski, Prawa człowieka w kontekstach kulturowych, Wydawnictwo Naukowe Instytutu Filozofii Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Poznań 2010, s. 67.
8. M. A. Nowicki, Komentarz do art. 1 Protokołu Nr 1 do Konwencji o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności, LEX 2017.
9. Ł. Duda, J. Kociubiński, Realizacja ochrony własności w Europejskiej Konwencji Praw Człowieka na podstawie orzeczenia Lithgow i inni (<http://www.bibliotekacyfrowa.pl/Content/34400/0015.pdf>) [data dostępu: 25 lipca 2019 r.].
10. Decyzja ETPC z dnia 2 marca 2005 r., skargi nr 71916/01, 71917/01, 10260/02, Maltzan i inni, Zitzewitz i inni oraz Man Ferrostaal i Alfred Toepfer-Stiftung v. Niemcy, LEX nr 147231; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopeczy v. Słowacja.
11. Wyrok ETPC z dnia 7 lipca 2009 r., skarga nr 22279/04, Plechanow v. Polska, LEX nr 504446; Wyrok ETPC z dnia 21 czerwca 2011 r., skarga nr 46575/09, Bellizzi v. Malta, LEX nr 846299; Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., skarga nr 26501/05, Eparhija Budimljansko-nikšićka i inni v. Czarnogóra, LEX nr 1285512; Wyrok ETPC z dnia 7 lutego 2013 r., skarga nr 16574/08, Fabris v. Francja, LEX nr 1260966; Wyrok ETPC z dnia 14 maja 2013 r., skarga nr 66529/11, N. K. M. v. Węgry, LEX nr 1771580.
12. Wyrok ETPC z dnia 7 lutego 2013 r., Fabris v. Francja; Wyrok ETPC z dnia 21 czerwca 2011 r., Bellizzi v. Malta.
13. Wyrok ETPC z dnia 21 czerwca 2011 r., Bellizzi v. Malta; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopeczy v. Słowacja.
14. Decyzja ETPC z dnia 6 kwietnia 2000 r., skarga nr 33776/96, P. Potocka, P. Potocki, D. Potocka-Radziwiłł, A. Potocka i I. d'Ornano v. Polska, LEX nr 41143; Decyzja ETPC z dnia 27 stycznia 2000 r., skarga nr 33752/96, Rucińska v. Polska, LEX nr 41130.

15. Wyrok ETPC z dnia 29 maja 2012 r., skarga nr 2489/09, Flores Cardoso v. Portugalia, LEX nr 1164651; Decyzja ETPC z dnia 17 grudnia 2013 r., skarga nr 49893/07, Crash 2000 OOD i inni v. Bułgaria, LEX nr 1409586; Wyrok ETPC z dnia 14 maja 2013 r., N. K. M. v. Węgry; Wyrok ETPC z dnia 21 czerwca 2011 r., Bellizzi v. Malta.
16. Por. Wyrok ETPC z dnia 21 czerwca 2011 r., Bellizzi v. Malta; Decyzja ETPC z dnia 17 maja 2016 r., skarga nr 8585/13, Piekarska i inni v. Polska, LEX nr 2051117.
17. Wyrok ETPC z dnia 20 maja 2010 r., skarga nr 55555/08, Lelas v. Chorwacja, LEX nr 578480; Wyrok ETPC z dnia 6 października 2005 r., skarga nr 1513/03, Draon v. Francja, LEX nr 157767.
18. Wyrok ETPC z dnia 20 maja 2010 r., Lelas v. Chorwacja.
19. Wyrok ETPC z dnia 4 marca 2003 r., skarga nr 39050/97, Jantner v. Słowacja, LEX nr 77471; Wyrok ETPC z dnia 7 lutego 2013 r., Fabris v. Francja; Decyzja ETPC z dnia 17 maja 2016 r., Piekarska i inni v. Polska.
20. Por. Decyzja ETPC z dnia 11 grudnia 2018 r., skarga nr 41178/12, Rał v. Polska, LEX nr 2627060; Wyrok ETPC z dnia 4 marca 2003 r., Jantner v. Słowacja; Wyrok ETPC z dnia 7 lutego 2013 r., Fabris v. Francja; Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., Eparhija Budimljansko-nikšićka i inni v. Czarnogóra; Decyzja ETPC z dnia 5 kwietnia 2018 r., skarga nr 32045/10, Kościół Chrześcijański w Wroclawiu v. Polska, LEX nr 2467650.
21. or. Wyrok ETPC z dnia 14 maja 2013 r., N. K. M. v. Węgry; Wyrok ETPC z dnia 7 stycznia 2003 r., skarga nr 44912/98, Kopeczy v. Słowacja, LEX nr 75679; Wyrok ETPC z dnia 4 marca 2003 r., Jantner v. Słowacja; Decyzja ETPC z dnia 27 stycznia 2000 r., Rucińska v. Polska; Decyzja ETPC z dnia 6 kwietnia 2000 r., P. Potocka, P. Potocki, D. Potocka-Radziwiłł, A. Potocka i I. d'Ornano v. Polska.
22. Por. Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., Eparhija Budimljansko-nikšićka i inni v. Czarnogóra; Wyrok ETPC z dnia 29 maja 2012 r., Flores Cardoso v. Portugalia; Decyzja ETPC z dnia 2 maja 2017 r., skarga nr 55537/10, Haupt v. Austria, LEX nr 2297380; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopeczy v. Słowacja; Decyzja ETPC z dnia 3 października 2017 r., skarga nr 1680/08, Lubelska Fabryka Maszyn i Narzędzi Rolniczych 'Plon' i inni v. Polska, LEX nr 2381150.



Uzasadniona prawnie ekspektatywa może opierać się na przepisie prawnym lub na ostatecznym orzeczeniu sądowym²³. Należy jednak podkreślić, że uprawniona ekspektatywa nie powstaje wówczas, gdy zachodzi spór co do prawidłowej wykładni i stosowania prawa krajowego, a prezentowane przez skarżącego stanowisko było odrzucone przez sądy krajowe²⁴. ETPC wyraża pogląd w orzecznictwie, że decydująca przy rozstrzygnięciu w przedmiocie skargi nie jest okoliczność istnienia rzeczywistego sporu lub dającego się uzasadnić roszczenia skarżącego²⁵.

Roszczenie skarżącego może być postrzegane jako podlegające ochronie art. 1 Protokołu Nr 1 aktywa także wówczas, gdy istnieje potwierdzająca to linia orzecznicza sądów krajowych²⁶. Jest to kolejny przykład na wykazanie istnienia uzasadnionej ekspektatywy. Nie mogą jednak istnieć kontrowersje w linii orzeczniczej co do sposobu, w jaki prawo krajowe winno być prawidłowo interpretowane i stosowane²⁷. Uprawniona ekspektatywa nie stanowi zatem mienia, jeżeli dany interes majątkowy nie znajduje potwierdzenia w ustalonym orzecznictwie sądów krajowych. Linia orzecznicza sądów powinna być jednolita, co niejednokrotnie podkreślał ETPC²⁸.

W omawianym zakresie warto odnieść się do wyroku ETPC wydanego w sprawie *Broniowski v. Polska*, w którym uprawnienie skarżącego, określone jako "prawo do zaliczenia" zostało uznane za "konkretnie prawo majątkowe" o "wartości majątkowej" przez Trybunał Konstytucyjny i Sąd Najwyższy. Spowodowało to uznanie przez ETPC, że uprawnienie skarżącego stanowiło "mienie" w rozumieniu art. 1 Protokołu Nr 1. Zarzuty dotyczyły braku realizacji przez Polskę

uprawnienia do rekompensaty, które prawo polskie niezmiennie przyznawało skarżącemu, tj. przed ratyfikacją Protokołu Nr 1, a także w momencie wydania decyzji o dopuszczalności skargi²⁹.

3. Jurysdykcja temporalna ETPC w sprawach dotyczących pozbawienia własności

ETPC wskazywał niejednokrotnie w orzecznictwie, że pozbawienie własności jest co do zasady jednorazowym zdarzeniem i nie tworzy trwałej sytuacji pozbawienia prawa³⁰.

Przekonanie, że prawo obowiązujące podczas dokonania przed ratyfikacją wyłączenia zostanie zmienione, nie może zostać uznane za uzasadnioną prawnie ekspektatywę dla celów art. 1 Protokołu Nr 1³¹.

Trybunał jest właściwy *ratione temporis* jedynie wobec zdarzeń objętych przepisami Protokołu Nr 1, do których doszło po dacie jego ratyfikacji³². Niezgodność skargi *ratione temporis* z postanowieniami EKPC i Protokołów skutkuje odrzuceniem skargi zgodnie z art. 35 ust. 4 EKPC³³.

Od daty ratyfikacji wszystkie zachowania przypisywane państwu muszą być zgodne z EKPC i Protokołami, a późniejsze okoliczności faktyczne wchodzą w zakres jurysdykcji ETPC nawet wówczas, gdy są one tylko przedłużeniem już istniejącej sytuacji³⁴. O ile ETPC nie ma jurysdykcji temporalnej do zbadania faktów przed datą, kiedy Protokołu Nr 1 został ratyfikowany, to może wziąć pod uwagę fakty zaistniałe przed ratyfikacją tak dalece, jak mogą one zostać uznane za

okoliczności, które wywołały sytuację rozciągającą się poza datę ratyfikacji, lub które mogą mieć znaczenie dla zrozumienia zdarzeń po tej dacie³⁵.

W orzecznictwie ETPC odnosił się do mającego wpływ na temporalne ograniczenie jurysdykcji tzw. ciągłego naruszenia EKPC i Protokołu Nr 1, tj. sytuacji, która powstała przed ratyfikacją EKPC i Protokołu, lecz utrzymuje się po tej dacie³⁶. W sprawie *Broniowski v. Polska* ETPC uznał jurysdykcję temporalną dla zbadania skargi, w której zarzuty odnosiły się do działań i zaniechań państwa w stosunku do wykonania uprawnienia do środka odszkodowawczego przyznanego zabużanom – w tym skarżącemu – na mocy prawa krajowego³⁷. Art. 1 Protokołu Nr 1 do Konwencji ma na celu ochronę niezakłóconego korzystania z istniejącego mienia³⁸. ETPC konsekwentnie wskazywał, że art. 1 Protokołu Nr 1 nie gwarantuje prawa do nabycia własności³⁹.

4. Możliwość ingerencji przez państwo w zasadę poszanowania mienia

W myśl art. 1 ust. 1 Protokołu Nr 1 pozbawienie własności może nastąpić na warunkach przewidzianych przez ustawę oraz zgodnie z ogólnymi zasadami prawa międzynarodowego.

Najważniejszym wymogiem art. 1 ust. 1 Protokołu Nr 1 jest wymóg, aby wszelkie ingerencje ze strony organu władzy publicznej w poszanowanie mienia były zgodne z prawem⁴⁰. Zasada zgodności z prawem zakłada, że odnośne przepisy prawa krajowego są wystarczająco dostępne, dokładne, a także przewidywalne w swym stosowaniu⁴¹. Ogólne zasady prawa międzynarodowego, o których mowa w art. 1 ust. 1 odnoszą się wyłącznie do własności należącej do cudzoziemców i wynika z nich obowiązek zapłaty odszkodowania⁴². Zasady te kształtowały się najpierw wśród państw zachodnich. W tym zakresie można odnieść się m.in. do tzw. doktryny Hulla, uzależniają-

cej wyłączenie od zapłaty odszkodowania, które ma być natychmiastowe, odpowiednie i efektywne⁴³. Obecnie obowiązek odszkodowawczy należy uznać w prawie międzynarodowym za bezsporny.

W myśl art. 1 ust. 1 Protokołu Nr 1 pozbawienie własności może nastąpić w interesie publicznym. ETPC wskazywał w orzecznictwie, że państwo cieszy się szerokim marginesem uznania co do tego, co jest zgodne z interesem publicznym⁴⁴. Ponadto pojęcie interesu publicznego jest z założenia szerokie⁴⁵. ETPC uznaje osąd prawodawcy dotyczący tego, co leży w interesie publicznym, chyba że jest on w sposób oczywisty pozbawiony rozsądnej podstawy⁴⁶. Zgodnie z art. 1 ust. 2 Protokołu Nr 1 postanowienia zawarte w ust. 1 nie będą jednak w żaden sposób naruszać prawa państwa do stosowania takich ustaw, jakie uzna za konieczne do uregulowania sposobu korzystania z własności zgodnie z interesem powszechnym lub w celu zabezpieczenia uiszczania podatków bądź innych należności lub kar pieniężnych.

Ingerencja państwa w zasadę poszanowania mienia powinna utrzymywać sprawiedliwą równowagę pomiędzy wymogami publicznego lub powszechnego interesu społeczeństwa a wymaganiami ochrony praw podstawowych jednostki, co wynika z treści art. 1 Protokołu Nr 1⁴⁷. Określając czy istnieje tego rodzaju równowaga, ETPC uznaje, że państwa dysponują szerokim marginesem uznania w zakresie wyboru środków i oceny, czy konsekwencje danego działania są usprawiedliwione ochroną interesu ogólnego w osiągnięciu danego celu⁴⁸. Wymagana sprawiedliwa równowaga nie jest zachowana, gdy skarżący ponosi indywidualne i nadmierne obciążenie⁴⁹.

Zasady prawa międzynarodowego o których mowa w art. 1 ust. 1 Protokołu Nr 1 dotyczą wprawdzie cudzoziemców i nakazują dokonywanie wyłączeń tylko i wyłącznie za odszkodowaniem. Nie oznacza to jednak, że osoby niebędące cudzoziemcami mogą

23. Por. Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., *Eparhija Budimljansko-nikišićka i inni v. Czarnogóra*; Wyrok ETPC z dnia 7 lipca 2009 r., *Plechanov v. Polska*.
24. Wyrok ETPC z dnia 29 maja 2012 r., *Flores Cardoso v. Portugalia*; Decyzja ETPC z dnia 17 grudnia 2013 r., *Crash 2000 OOD i inni v. Bułgaria*.
25. Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., *Kopecký v. Słowacja*.
26. Decyzja ETPC z dnia 3 października 2017 r., *Lubelska Fabryka Maszyn i Narzędzi Rolniczych 'Plon' i inni v. Polska*; Wyrok ETPC z dnia 7 lipca 2009 r., *Plechanov v. Polska*.
27. Wyrok ETPC z dnia 14 maja 2013 r., N. K. M. v. Węgry; Wyrok ETPC z dnia 29 maja 2012 r., *Flores Cardoso v. Portugalia*.
28. Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., *Kopecký v. Słowacja*; Wyrok ETPC z dnia 29 maja 2012 r., *Flores Cardoso v. Portugalia*; Wyrok ETPC z dnia 21 czerwca 2011 r., *Bellizzi v. Malta*.

29. Szerzej: Wyrok ETPC z dnia 22 czerwca 2004 r., skarga nr 31443/96, *Broniowski v. Polska*, LEX nr 122528; Decyzja ETPC z dnia 19 grudnia 2002 r., skarga nr 31443/96, *Broniowski v. Polska*, LEX nr 56798.
30. Decyzja ETPC z dnia 2 marca 2005 r., *Maltzan i inni, Zitzewitz i inni oraz Man Ferrostaal i Alfred Toepfer-Stiftung v. Niemcy*; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., *Kopecký v. Słowacja*; Decyzja ETPC z dnia 13 grudnia 2000 r., skarga nr 33071/96, *Malhous v. Czechy*, LEX nr 148771.
31. Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., *Eparhija Budimljansko-nikišićka i inni v. Czarnogóra*.
32. Por. Decyzja ETPC z dnia 6 kwietnia 2000 r., *P. Potocka, P. Potocki, D. Potocka-Radziwiłł, A. Potocka i I. d'Ornano v. Polska*.
33. Decyzja ETPC z dnia 7 października 2008 r., skarga nr 47550/06, *Preussische Treuhand GmbH & CO. Kg A. A. v. Polska*, LEX nr 457001.
34. Decyzja ETPC z dnia 7 października 2008 r., *Preussische Treuhand GmbH & CO. Kg A. A. v. Polska*.

35. Wyrok ETPC z dnia 15 grudnia 2015 r., skarga nr 32794/07, *Matczyński v. Polska*, LEX nr 1936311.
36. Por. Wyrok ETPC z dnia 23 marca 1995 r., skarga nr 15318/89, *Loizidou v. Turcja*, LEX nr 80428; szerzej na temat ciągłego naruszenia prawa: M. Balcerzak, *Odpowiedzialność państwa-strony Europejskiej konwencji o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności. Studium prawnomiędzynarodowe*, Wydawnictwo Dom Organizatora, Toruń 2013, s. 117-121; A. Czaplińska, *Określanie własnej kompetencji przez sądy międzynarodowe – granica czy przejaw swobody orzeczniczej?* [w:] *Granice swobody orzekania sądów międzynarodowych*, red. A. Wyrozumska, Seria Wydawnicza Katedry Europejskiego Prawa Konstytucyjnego Wydział Prawa i Administracji Uniwersytetu Łódzkiego, Łódź 2014, s. 99-100.
37. Decyzja ETPC z dnia 19 grudnia 2002 r., *Broniowski v. Polska*; Wyrok ETPC z dnia 22 czerwca 2004 r., *Broniowski v. Polska*.
38. Decyzja ETPC z dnia 27 stycznia 2000 r., *Rucińska v. Polska*; Decyzja ETPC z dnia 6 kwietnia 2000 r., *P. Potocka, P. Potocki, D. Potocka-Radziwiłł, A. Potocka i I. d'Ornano v. Polska*.
39. Decyzja ETPC z dnia 5 kwietnia 2018 r., *Kościół Chrześcijan Baptystów we Wrocławiu v. Polska*, decyzja ETPC z dnia 13 marca 2018 r., skarga nr 45651/11, *Dobrowolski i inni v. Polska*, LEX nr 2467651; wyrok ETPC z dnia 4 marca 2003 r., *Jantner v. Słowacja*; Decyzja ETPC z dnia 27 stycznia 2000 r., *Rucińska v. Polska*; Decyzja ETPC z dnia 6 kwietnia 2000 r., *P. Potocka, P. Potocki, D. Potocka-Radziwiłł, A. Potocka i I. d'Ornano v. Polska*; Decyzja ETPC z dnia 23 stycznia 2018 r., skarga nr 12792/13, *Wysowska v. Polska*, LEX nr 2442318; Decyzja ETPC z dnia 23 października 2012 r., skarga nr 34880/12, *N. K. M. v. Węgry*, LEX nr 1285616.
40. Wyrok ETPC z dnia 15 grudnia 2015 r., *Matczyński v. Polska*; Wyrok ETPC z dnia 28 czerwca 2018 r., skarga nr 1828/06, *G.I.E.M. S.R.L. i inni v. Włochy*, LEX nr 2508455.

41. Wyrok ETPC z dnia 7 czerwca 2012 r., skarga nr 38433/09, *Centro Europa 7 S.r.l. i Di Stefano v. Włochy*, LEX nr 1164402.
42. M. A. Nowicki, *Komentarz do art. 1 Protokołu Nr 1 do Konwencji o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności*, LEX 2017.
43. Szerzej: P. Sobański, *Roszczenia Polski wobec RFN w świetle doktryny niemieckiej*, Wydawnictwo Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogiki i Administracji im. Mieszka I w Poznaniu, Poznań 2019, s. 235-237.
44. Wyrok ETPC z dnia 15 grudnia 2015 r., *Matczyński v. Polska*; Decyzja ETPC z dnia 6 grudnia 2011 r., skarga nr 44232/11, *Mihăieș i Senteș v. Rumunia*, LEX nr 1101154.
45. Wyrok ETPC z dnia 13 grudnia 2016 r., skarga nr 53080/13, *Bélané Nagy v. Węgry*, LEX nr 2165716; Wyrok ETPC z dnia 17 kwietnia 2012 r., skarga nr 31925/08, *Grudić v. Serbia*, LEX nr 1147983.
46. Por. Decyzja ETPC z dnia 6 grudnia 2011 r., *Mihăieș i Senteș v. Rumunia*; Wyrok ETPC z dnia 16 lipca 2014 r., skarga nr 60642/08, *Ališić i inni v. Bośnia-Hercegowina, Chorwacja, Macedonia, Serbia i Słowenia*, LEX nr 1487006.
47. Decyzja ETPC z dnia 6 grudnia 2011 r., *Mihăieș i Senteș v. Rumunia*; Wyrok ETPC z dnia 17 kwietnia 2012 r., *Grudić v. Serbia*; Wyrok ETPC z dnia 14 maja 2013 r., *N. K. M. v. Węgry*; Wyrok ETPC z dnia 16 listopada 2004 r., skarga nr 41673/98, *Bruncrona v. Finlandia*, LEX nr 142265; Wyrok ETPC z dnia 16 lipca 2014 r., *Ališić i inni v. Bośnia-Hercegowina, Chorwacja, Macedonia, Serbia i Słowenia*.
48. Wyrok ETPC z dnia 28 czerwca 2018 r., *G.I.E.M. S.R.L. i inni v. Włochy*; Wyrok ETPC z dnia 24 października 1986 r., skarga nr 9118/80, *AGOSI v. Wielka Brytania*, LEX nr 81001.
49. Por. Wyrok ETPC z dnia 15 grudnia 2015 r., *Matczyński v. Polska*; Wyrok ETPC z dnia 13 grudnia 2016 r., *Bélané Nagy v. Węgry*.

być arbitralnie pozbawiane przez państwo własności bez odszkodowania.

Zasady przyznawania odszkodowania obowiązujące w prawodawstwie danego państwa mają kluczowe znaczenie dla oceny, czy zakwestionowany środek respektuje wymaganą sprawiedliwą równowagę oraz czy nie nakłada nieproporcjonalnego obciążenia na skarżącego. Art. 1 Protokołu Nr 1 nie gwarantuje jednak prawa do pełnego odszkodowania w wysokości odzwierciedlającej wartość rynkową wywłaszczzonego mienia⁵⁰.

5. Ocena prawna wywłaszczeń dokonanych przed ratyfikacją Protokołu Nr 1

Konwencja nie nałożyła na państwa obowiązku naprawy krzywd lub szkód wyrządzonych przed jej ratyfikacją⁵¹. Również art. 1 Protokołu Nr 1 nie może być interpretowany w sposób nakładający co do zasady obowiązek przywracania własności, która została przeniesiona na państwo przed ratyfikacją Konwencji⁵².

Brak tego obowiązku wynika z okoliczności, że w myśl ogólnej zasady prawa międzynarodowego zawartej w art. 28 Konwencji wiedeńskiej o prawie traktatów z dnia 23 maja 1969 r.⁵³ postanowienia traktatu nie są stosowane wstecz, chyba że strony wyraźnie postanowiły inaczej⁵⁴. W przypadku EKPC należy podkreślić, że składa się ona nie tylko z wzajemnych ustaleń pomiędzy państwami, które ją ratyfikowały, lecz kreuje bezpośrednio prawa dla osób fizycznych objętych jurysdykcją tych państw. Zatem zasada niedziałania traktatów wstecz jest istotna nie tylko dla ETPC, ale także, przede wszystkim, dla sądów krajowych w chwili stosowania przez nie EKPC. ETPC, z uwagi na subsydiarną rolę w dziedzinie ochrony praw człowieka, powinien uważać, aby nie osiągnąć skutku równoznacznego z doprowadzeniem organów władzy krajowej do stosowania EKPC wstecz⁵⁵. Dlatego ETPC wskazuje w orzecnictwie na okoliczność, że zgodnie z powszechnie uznanymi zasadami prawa międzynarodowego państwo może ponosić odpowiedzialność jedynie za zdarzenia, które nastąpiły po ratyfikowaniu EKPC⁵⁶.

Art. 1 Protokołu Nr 1 nie nakłada żadnych ograniczeń na swobodę państwa w zakresie określania zakresu restytucji własności lub wyboru warunków, na jakich nastąpi zwrot praw majątkowych poprzednim właścicielom⁵⁷. Państwa mają też szeroki margines uznania w odniesieniu do wyłączenia określonych kategorii dawnych właścicieli od uprawnienia do restytucji⁵⁸. W różnych państwach po obaleniu ustroju komunistycznego przyjęto odmienne modele reprywatyzacji, wprowadzając ograniczenia np. związane z określoną narodowością, miejscem zamieszkania⁵⁹.

Jeżeli dane kategorie byłych właścicieli zostają wyłączone z kręgu podmiotów objętych reprywatyzacją, ich roszczenia restytucyjne nie mogą stanowić podstawy uprawnionej ekspektatywy, która korzysta z ochrony przewidzianej w art. 1 Protokołu Nr 1⁶⁰. W tym zakresie warto wspomnieć, że ETPC potwierdził powyższą zasadę, wydając decyzję w sprawie Zamoyski-Brisson i inni v. Polska. ETPC odniósł się przy tym do wyroku wydanego w sprawie Broniowski v. Polska, wskazując, że fakt nadania przez ustawę krajową określonego uprawnienia zabużanom, jako jednej z kategorii skarżących, nie wymaga od państwa zapewnienia odszkodowania innej kategorii potencjalnych skarżących dochodzących zwrotu własności⁶¹.

Z drugiej strony należy pamiętać, że wolny wybór państw co do warunków, na jakich będą przywracać własność lub przyznawać odszkodowanie za skonfiskowaną przed ratyfikacją EKPC własność, nie oznacza, że ETPC nie ma kompetencji do zbadania, czy przyjęcie stosownej regulacji prawnej było zgodne z gwarancjami EKPC i jej Protokołów⁶². Przede wszystkim takie ustawodawstwo można uznać za źródło nowego prawa majątkowego chronionego przez art. 1 Protokołu Nr 1, które przysługuje osobom spełniającym wymogi przyznania takiego uprawnienia⁶³.

Gdy państwo przyjmie takie rozwiązanie, musi być ono wdrażane z rozsądną przejrzystością i spójnością, aby uniknąć, tak dalece, jak to jest możliwe, pojawienia się niepewności i niejasności wśród osób, których dotyczą środki wdrożone przez państwo⁶⁴.

6. Podsumowanie

Polska nie ma na podstawie art. 1 Protokołu Nr 1 obowiązku przyjmowania ustaw przewidujących przywrócenie poprzedniego stanu prawnego, restytucję skonfiskowanej własności ani przyznanie odszkodowania za utraconą własność. ETPC uznał swobodę ustawodawcy co do tzw. rozliczenia z przeszłością w sprawach majątkowych, jeżeli nacjonalizacja została przeprowadzona przed ratyfikacją Protokołu Nr 1 przez państwo. Tym bardziej orzecznictwo EKPC nie wskazuje na konieczność dokonania kompleksowej reprywatyzacji, która odnosiłaby się do wszelkich kategorii mienia dotkniętego nacjonalizacją.

Analiza decyzji i wyroków ETPC w sprawach dotyczących naruszenia art. Protokołu Nr 1 pozwala na

dostrzeżenie okoliczności, że inna jest sytuacja osób dotkniętych nacjonalizacją, w przypadku których akty wywłaszczeniowe zostały uznawane za nieważne *ex tunc*, inna w przypadku osób które mają jedynie nadzieję na zmianę krajowego ustawodawstwa. W innej sytuacji znajdują się te osoby, które powołują się na odosobnione przypadki uznania przez sąd zasadności roszczeń wydanych w podobnych sprawach, podczas gdy nie można wykazać jednolitej linii orzecniczej, która uznawałaby prawnie uzasadnioną ekspektatywę do zwrotu mienia lub odszkodowania. W zupełnie innej sytuacji znajdują się z kolei osoby w przypadku których istnieją roszczenia oparte na przepisach obowiązujących po ratyfikacji Protokołu Nr. 1, a jedynie nie udaje im się skutecznie uzyskać przysługującego prawa z uwagi na uchybienia proceduralne sądów, przewlekłość postępowań itp.

Streszczenie

W artykule została pominięta ocena przyczyn braku przyjęcia przez ustawodawcę przez trzy dekady kompleksowej ustawy reprywatyzacyjnej. Artykuł skupia się jedynie na analizie zagadnienia ewentualnej konieczności przyjęcia ustawy reprywatyzacyjnej w Polsce w świetle regulacji art. 1 Protokołu Nr 1 do EKPC. Przeanalizowano wyroki i decyzje Europejskiego Trybunału Praw Człowieka, które dotyczą wykładni i stosowania art. 1. Uwzględnione zostały w tym zakresie postępowania, w których skarżący kwestionowali legalność oraz skutki nacjonalizacji przeprowadzonych podczas komunistycznego reżimu.

Polska ratyfikowała dnia 10 października 1994 r. Protokół Nr 1 do EKPC. Z uwagi na okoliczność dokonania nacjonalizacji przed ratyfikacją Protokołu Nr 1, Polska nie ma na podstawie art. 1 Protokołu Nr 1 obowiązku przyjmowania ustawy reprywatyzacyjnej.

Słowa kluczowe: sprawiedliwość okresu przejściowego, komunizm, reprywatyzacja, EKPC, art. 1 Protokołu Nr 1.

Abstract

The paper excludes the disputes related to the lack of enacting the reprivatization law in Poland during the last 30 years. The paper focuses only on the obligation to enact the reprivatization law according to the Article 1 of Protocol No. 1 to the ECHR. The paper exams the judgements and decisions of the European Court of Human Rights which concern the right to property guaranteed by Article 1 of Protocol No. 1. The point of the paper's deliberations is especially an analysis of the cases which complaints are related to restoration of property confiscated under the communist regime.

Poland ratified Protocol No. 1 to the ECHR on 10 October 1994. Because the nationalisation of private properties took place in the period before the ratification by Poland, there is no obligation to enact the reprivatization law according to the Article 1 of Protocol No. 1.

Keywords: transitional justice, communism, reprivatization, ECHR, Article 1 of Protocol No. 1, Poland



O autorze: adw. dr Piotr Sobański LL.M. (Zielona Góra), e-mail: piotr.sobanski@adwokatura.pl.

50. Por. Wyrok ETPC z dnia 16 listopada 2004 r., Bruncrona v. Finlandia.
51. Wyrok ETPC z dnia 6 października 2015 r., skarga nr 26860/11, Krasnodębska-Kazikowska i Łuniewska v. Polska; Decyzja ETPC z dnia 7 października 2008 r., Preussische Treuhand GmbH & CO. Kg A. A. v. Polska; Decyzja ETPC z dnia 7 października 2008 r., Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopecký v. Słowacja; Decyzja ETPC z dnia 2 marca 2005 r., Maltzan i inni, Zitzewitz i inni oraz Man Ferrostaal i Alfred Toepfer-Stiftung v. Niemcy.
53. Dz. U. z dnia 2 listopada 1990 r., Nr 74, poz. 439.
54. Art. 28 zatytułowany „Traktaty nie mają mocy wstecznej” brzmi następująco: „Jeżeli odmienny zamiar nie wynika z traktatu ani nie jest ustalony w inny sposób, jego postanowienia nie wiążą strony w odniesieniu do żadnej czynności lub zdarzenia, które miały miejsce, ani w odniesieniu do żadnej sytuacji, która przestała istnieć przed dniem wejścia w życie traktatu w stosunku do tej strony”.
55. Wyrok ETPC z dnia 8 marca 2006 r., skarga nr 59532/00, Blečić v. Chorwacja, LEX nr 174501.
56. Por. Decyzja ETPC z dnia 27 stycznia 2000 r., Rucińska v. Polska.
57. Decyzja ETPC z dnia 5 kwietnia 2018 r., Kościół Chrześcijan Baptystów we Wrocławiu v. Polska; Wyrok ETPC z dnia 4 marca 2003 r., Jantner v. Słowacja; Decyzja ETPC z dnia 7 października 2008 r., Preussische Treuhand GmbH

& CO. Kg A. A. v. Polska; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopecký v. Słowacja; Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., Eparhija Budimljansko-niškička i inni v. Czarnogóra.
58. Wyrok ETPC z dnia 9 lutego 2012 r., skarga nr 42856/06, Kinský v. Czechy, LEX nr 1107808; Decyzja ETPC z dnia 5 kwietnia 2018 r., Kościół Chrześcijan Baptystów we Wrocławiu v. Polska.
59. R. Grzeszczak, Problematyka roszczeń majątkowych w stosunkach polsko-niemieckich (<http://robertgrzeszczak.bio.wpia.uw.edu.pl/files/2012/10/PROBLEMATYKA-ROSZCZENIE%C5%83-MAJ%C4%84TKOWYCH.pdf>) [data dostępu: 21 lipca 2019 r.].
60. Decyzja ETPC z dnia 5 kwietnia 2018 r., Kościół Chrześcijan Baptystów we Wrocławiu v. Polska; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopecký v. Słowacja; Wyrok ETPC z dnia 22 sierpnia 2006 r., skarga nr 7352/03, Beshiri i inni v. Albania, LEX nr 192726.
61. Decyzja ETPC z dnia 12 września 2017 r., skarga nr 19875/13, Zamoyski-Brisson i inni v. Polska, LEX nr 2365196.
62. Por. Wyrok ETPC z dnia 7 stycznia 2003 r., Kopecký v. Słowacja.
63. Decyzja ETPC z dnia 9 października 2012 r., Eparhija Budimljansko-niškička i inni v. Czarnogóra; Wyrok ETPC z dnia 22 sierpnia 2006 r., Beshiri i inni v. Albania; Wyrok ETPC z dnia 28 września 2004 r., Kopecký v. Słowacja.
64. Por. Wyrok ETPC z dnia 7 lipca 2009 r., Plechanow v. Polska; Wyrok ETPC z dnia 24 marca 2009 r., skarga nr 21911/03, Tudor v. Rumunia, LEX nr 486973.



Gerichtliche genetische Genealogie – Potenzial, rechtliche und ethische Herausforderungen im polnischen Rechtssystem

1. Einführung

Fortschritte in der DNA-Analyse haben es ermöglicht, Straftäter anhand von genetischem Material, das am Tatort zurückgelassen wurde, effektiv zu identifizieren. Die forensische Genetik, die häufig für den Vergleich von DNA-Profilen verwendet wird, ist eines der grundlegenden Werkzeuge, die von Strafverfolgungsbehörden verwendet werden. In Situationen, in denen keine direkte Übereinstimmung erzielt werden kann, kann jedoch die forensische genetische Genealogie, die ursprünglich nur zur Feststellung der Verwandtschaft zwischen den Probanden verwendet wurde, eine wichtige Rolle spielen. Obwohl das Potenzial dieser Methode enorm zu sein scheint, werden ihre Möglichkeiten derzeit noch nicht voll ausgeschöpft. In Polen wird diese Technik nicht angewendet, vor allem aufgrund rechtlicher und ethischer Hindernisse. Dieser Artikel widmet sich der Untersuchung des Potenzials der forensischen genetischen Genealogie für die Tätigkeit polnischer Ermittler und der Analyse der damit verbundenen Herausforderungen.

2. Forensisch-genetische Genealogie als Werkzeug im Strafverfahren

2.1 Das Wesen der forensisch-genetischen Genealogie

Forensische genetische Genealogie (Forensic Genetic Genealogy - FGG), genannt auch Ermittlungsgenea-

logie ein interdisziplinäres Wissenschaftsgebiet, das die Methoden der Molekularbiologie, der Genetik, der Genealogie und der Geschichte kombiniert. FGG forscht zu Verwandtschaft und rekonstruiert genealogische Geschichte. Zentrale Elemente der FGG sind neben DNA-Tests genealogisch typische Lösungen wie die Analyse von Stammbäumen, Geburtsurkunden oder Kirchenbüchern. Es handelt sich um ein relativ neues Instrument, das sich von der traditionellen forensischen Genetik unterscheidet, die sich mit dem Vergleich von DNA-Profilen befasst. Die forensisch-genetische Genealogie stellt nicht direkt die Identität des Täters fest, ermöglicht aber die Identifizierung seiner Angehörigen. Die Untersuchung besteht darin, die Anzahl der gemeinsamen Einzelnukleotidpolymorphismen (SNPs) zwischen der Evidenzprobe und potenziellen Verwandten zu vergleichen. Je mehr DNA-Blöcke sie teilen, desto enger ist die Beziehung¹. Dank der Ergebnisse einer solchen Untersuchung sind Experten in der Lage, den Stammbaum des Täters zu rekonstruieren, um dann anhand dessen den potenziellen Täter zu identifizieren.

2.2 Nutzung von DNA-Datenbanken

Damit das am Tatort zurückgelassene Erbgut zur Identifizierung des Täters verwendet werden kann, wird eine DNA-Probe benötigt, mit der diese Spur abgeglichen wird. Ein unverzichtbares Werkzeug sowohl für die genetische als auch für die genealogische Analyse sind Datenbanken, ohne die der Abgleich von genetischem Material nicht möglich wäre. Es ist

zu beachten, dass sich die DNA-Datenbanken, die in der forensischen genetischen Genealogie verwendet werden, von denen unterscheiden, die für traditionelle Gentests verwendet werden. Dies ist auf die grundlegenden Unterschiede in der Anwendung dieser Untersuchungsmethoden und die Unterschiede in der in ihnen durchgeführten Forschung zurückzuführen. Ein Beispiel für ein System, das in der konventionellen DNA-Analyse verwendet wird, ist CODIS (Combined DNA Index System), das vom Federal Bureau of Investigation (FBI) verwaltet wird. Es betreibt lokale, staatliche und nationale Datenbanken in den Vereinigten Staaten, die DNA-Profile von Verurteilten, Inhaftierten, Opfern, vermissten Personen und nicht identifiziertem genetischem Material von Tatorten enthalten. Die DNA-Analyse, für die CODIS verwendet wird, wird mit der STR-Methode (Short Tandem Repeats) durchgeführt, die auf Untersuchungen mit kurzen Tandemwiederholungen basiert. Die von diesem System verwendeten STR-Marker erstellen bei jeder Person ein einzigartiges genetisches Profil. Es handelt sich um das häufig verwendete DNA-Profiling, das eine direkte Identifizierung des Täters durch den Vergleich zweier genetischer Proben ermöglicht. Dank solcher Systeme ist es möglich, eine genaue Übereinstimmung zwischen der hochgeladenen Probe und einem der DNA-Profile in der Datenbank zu finden².



In Polen ist das Äquivalent von CODIS ein DNA-Datensatz, der vom Oberbefehlshaber der Polizei des Zentralen Forensischen Labors der Polizei geführt wird und es ermöglicht, ähnlich wie das amerikanische System, die darin enthaltenen genetischen Profile automatisch mit Spuren vom Tatort abzugleichen. Wie in den Vereinigten Staaten muss sich der Täter in der Datenbank befinden, damit diese Methode wirksam ist. Daher muss er zu einer der Kategorien von Personen gehören, deren Daten darin erhoben werden. Gemäß Artikel 21 des Polizeigesetzes werden biologische Proben von Verdächtigen im DNA-Datensatz verarbeitet; von Minderjährigen, die eine öffentlich verfolgte Straftat begangen haben; von Personen, die der Begehung einer Straftat beschuldigt oder verurteilt wurden, die

durch öffentliche Anklage verfolgt wird; von Personen aufgrund psychischer Störungen, die eine Bedrohung für das Leben, die Gesundheit oder die sexuelle Freiheit anderer Personen darstellen; von Personen, deren Identität nicht feststeht oder die versuchen, ihre Identität zu verbergen; von Leichen unbekannter Identität; von Spuren von unbekannten Tätern; von vermissten Personen; von Personen, die wegen terroristische Aktivitäten verdächtigt werden; von Beamten, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Offenlegung, Sicherung oder Prüfung von Spuren ausüben; und mit deren Zustimmung von weiteren Personen zum Zwecke der Identifizierung von vermissten Personen oder Leichen ungeklärter Identität³. Zweifellos führen wie in den Vereinigten Staaten aufgrund des begrenzten Katalogs von Personen, deren genetische Daten in den Datensatz aufgenommen werden, Versuche, den Täter auf diese Weise zu identifizieren, nicht immer zu Ergebnissen. Manchmal kommen die Ermittlungen aufgrund des Fehlens eines kriminellen genetischen Profils in der nationalen DNA-Datenbank zum Erliegen. In solchen Fällen kann die forensische genetische Genealogie zum Einsatz kommen, die im Gegensatz zur herkömmlichen Vergleichsmethode keine direkte Übereinstimmung des genetischen Materials erfordert. Stattdessen ermöglicht es Experten durch das Aufspüren von Ähnlichkeiten in der DNA, einen Stammbaum zu rekonstruieren, der zu einer Verengung des Kreises potenzieller Verdächtiger führen könnte.

In Polen ist die genetische Genealogie noch nicht für die Verwendung durch die Strafverfolgungsbehörden zugelassen. In den Vereinigten Staaten gibt es trotz ihrer zunehmenden Nutzung immer noch keine offizielle nationale Datenbank für solche Forschungen. Die Ermittler stützen sich daher auf öffentliche (offene) Datenbanken wie GEDmatch, um den Strafverfolgungsbehörden in Fällen, in denen es um schwere Straftaten oder nicht identifizierte Leichen geht, Zugriff auf die personenbezogenen Daten der Nutzer zu gewähren. Bei den meisten DNA-Datenbanken handelt es sich jedoch um kommerzielle Plattformen, auf die nur ein privates Unternehmen und ein Nutzer zugreifen können. Solche Unternehmen geben gespeicherte genetische Profile nicht zu Ermittlungszwecken weiter. Die Ausnahme ist, wenn ein Gerichtsbeschluss erlassen wird, was selten und umstritten ist. Eine der wenigen und gleichzeitig bekanntesten und am weitesten verbreiteten offenen DNA-Datenbanken ist die bereits erwähnte GEDmatch. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Datenbanken geschlossen sind, wird die überwiegende Mehrheit der Fälle forensischer genetischer Genealogie auf dieser Plattform verwendet, einschließlich des Falles des Serienmörders und Vergewaltigers Joseph James DeAngelo, bekannt als der Golden State Killer. Bei der Erstellung eines Profils auf der GEDmatch-Plattform

1. U.S. Department of Justice, Interim Policy on Forensic Genetic Genealogical DNA Analysis and Searching, 2019, S. 3.

2. Bureau of Justice Statistics, Combined DNA Index System (CODIS), [dostęp na: https://bjs.ojp.gov/taxonomy/term/combined-dna-index-system-codis](https://bjs.ojp.gov/taxonomy/term/combined-dna-index-system-codis) (Datum: 19.05.2025).

3. Art. 21a Ustawy z dnia 6 kwietnia 1990 r. o Policji (Dz.U. 1990 nr 30, poz. 179, ze zm.).



fügt der Benutzer das Ergebnis eines Gentests bei, auf dessen Grundlage das System ein DNA-Profil erstellt. Bei der Registrierung ist es möglich, dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf das Profil zuzustimmen. Es ist erwähnenswert, dass polnische Bürger trotz des fehlenden Zugangs der polnischen Behörden zur GEDmatch-Datenbank auch ihre DNA-Profile in diese Datenbank hochladen können. Aufgrund der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (DSGVO) müssen sie jedoch eine informierte und unmissverständliche Einwilligung in die Verwendung ihrer Daten für die genealogische Suche durch andere Nutzer geben. Ohne diese Zustimmung kann das Profil nicht öffentlich zugänglich gemacht werden⁴.

2.3 Der Prozess der Identifizierung des Täters mit Hilfe der forensischen genetischen Genealogie

Eine ordnungsgemäß durchgeführte Untersuchung mit Hilfe der genetischen Genealogie besteht aus mehreren Phasen. Die erste Phase ist die Analyse der am Tatort hinterlassenen biologischen Spuren auf Einzelnukleotid-Polymorphismen, um ein erweitertes autosomales DNA-Profil zu erhalten. Es ermöglicht die Erkennung und Bestimmung von Verwandtschaftsbeziehungen zwischen Individuen. Dann wird dieses Profil von den Forschern in einer genetischen Datenbank abgelegt. Ein Beispiel für eine solche Plattform ist die im vorherigen Kapitel beschriebene GEDmatch-Datenbank, die DNA-Profile von Personen enthält, die das biologische Material freiwillig gesendet haben. Um das genetische Profil des Täters in die Datenbank aufzunehmen, ist es erforderlich, ein gesondertes Konto zu erstellen, das ausschließlich für Strafverfolgungsbehörden bestimmt ist. Nach dem Hochladen einer anonymen genetischen Probe verarbeitet das System die Daten, vergleicht sie mit den Profilen anderer Benutzer und sucht nach denen,

mit denen der Täter DNA-Fragmente teilt. Der Test ermöglicht es nicht nur, Verwandte zu finden, sondern auch, basierend auf der Länge gemeinsamer DNA-Abschnitte, den Grad ihrer Verwandtschaft abzuschätzen. Mit diesen Informationen sind Ahnenforscher in der Lage, mit der Rekonstruktion eines möglichen Stammbaums zu beginnen. In dieser Phase kann man die gegenseitige Durchdringung vieler Wissensschatzgebiete erkennen - von der Genforschung bis zur klassischen Genealogie. Ein Schlüsselement dieser Phase ist die Identifizierung des gemeinsamen Vorfahren von Menschen mit passendem genetischem Material. Es ermöglicht durch die Erstellung eines Familiendiagramms seiner Nachkommen, den Stammbaum bis in die Neuzeit zu rekonstruieren. Dies erfordert oft die Erreichbarkeit von Quellen wie Todesanzeigen, Archivdokumenten, Geburtenregistern oder Volkszählungen. Im Laufe der Ermittlungen verengen die Experten nach und nach den Kreis der Verdächtigen und eliminieren die Nachkommen nach und nach, aufgrund von Determinanten, die die Möglichkeit potentieller Beteiligung an dem Fall ausschließen. Zu den berücksichtigten Kriterien gehören unter anderem Alter, Geschlecht und Wohnort zum Zeitpunkt des Vorfalls. Dadurch verengt sich der zunächst weite Kreis potenzieller Täter deutlich, was zur Auswahl von einem Dutzend, mehreren und teilweise sogar einer Person führt, deren Profil den Erkenntnissen der Ermittlungen entspricht⁵. In dieser Phase wählen Experten einen oder mehrere Verdächtige aus. Die Genauigkeit der Analyse wird dann durch einen DNA-Test überprüft, bei dem das genetische Profil des Verdächtigen mit der ursprünglich in die Datenbank hochgeladenen Probe verglichen wird, bei der es sich um eine Spur vom Tatort handelt. Zu diesem Zweck versuchen die Ermittler vor der Vernehmung oft, an genetisches Material zu gelangen, ohne den Verdächtigen offiziell vorzuladen. Sie tun dies, indem sie zum Beispiel Müll oder eine auf dem Bürgersteig zurückgelassene Zigarette einsammeln.

Die vergleichende Analyse wird bereits mit der herkömmlichen Methode der genetischen Untersuchung durchgeführt, die darauf abzielt, den Verdächtigen biologisch zu identifizieren. An diesem Punkt endet die Rolle der forensischen genetischen Genealogie, und der Fall wird auf traditionelle Weise fortgesetzt⁶.

2.4 Golden State Killer

Ein Durchbruch für die Entwicklung der forensischen genetischen Genealogie war 2018 der Fall von Joseph James DeAngelo, Serienmörder und Vergewaltiger, bekannt als Golden State Killer. Die kriminellen Aktivitäten des Mannes, die mehr als ein Jahrzehnt andauerten, begannen in den 1970er Jahren und umfassten mindestens 13 Morde, mehr als 50 Vergewaltigungen und zahlreiche Einbrüche in Kalifornien. Jahrzehntlang blieb der Verbrecher unauffindbar, und der Fall war eines der größten kriminalistischen Rätsel in den Vereinigten Staaten. Ein Durchbruch in der Untersuchung kam mit dem Einsatz der genetischen Genealogie. Das DNA-Profil des Täters, das am Tatort gesichert wurde, wurde in die öffentliche GEDmatch-Datenbank aufgenommen. Das System wies die Ermittler auf den wahrscheinlichen Cousin des Täters vierten Grades hin. Auf dieser Grundlage begannen die Arbeiten an der Rekonstruktion des Stammbaums, an der mehrere hundert Personen beteiligt waren. Ein Forscherteam analysierte in Zusammenarbeit mit Genetikern und Genealogen vier Monate lang mögliche Verwandtschaftslinien und die Übereinstimmung ausgewählter Personen mit dem Täterprofil. Dadurch war es möglich, den Kreis der Verdächtigen auf Personen einzugrenzen, die Kriterien wie Alter, Geschlecht,



geografischer Standort oder Beschreibung des Täters erfüllen. Nach der Identifizierung des Verdächtigen, Joseph James DeAngelo, nahmen die Ermittler ohne sein Wissen genetisches Material aus einem weggeworfenen Taschentuch und einem Autogriff für eine vergleichende Analyse. Die Untersuchung ergab eine vollständige Übereinstimmung, was im April 2018 zur Festnahme des Täters führte. Trotz des spektakulären Ergebnisses hat die Nutzung der GEDmatch-Datenbank zahlreiche rechtliche und ethische Kontroversen ausgelöst. Zum Zeitpunkt der Untersuchung gab

die Plattform den Nutzern nicht die Möglichkeit, eine bewusste Zustimmung zur Verwendung ihrer Daten durch die Strafverfolgungsbehörden zu geben. Die Profile wurden daher durchsucht, ohne die Zustimmung der Dateneigentümer einzuholen. Diese Praxis weckte Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der ergriffenen Maßnahmen und an der Legitimität des Eingriffs in die Privatsphäre von Einzelpersonen, um die Ermittlungen zu entwirren. Als Reaktion auf die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit ersetzte GEDmatch die automatische Weitergabe der gesammelten Daten an die Ermittler, indem von den Nutzern verlangt wurde, freiwillig ihre Zustimmung zum Zugriff auf ihr Profil zu geben. Der Fall Joseph James DeAngelo leitete eine breitere Nutzung der genetischen Genealogie bei Ermittlungen in den Vereinigten Staaten ein und gab der Entwicklung genetischer Identifizierungsmethoden eine neue Richtung an⁷.

3. Rechtliche und ethische Aspekte des Einsatzes forensischer genetischer Genealogie

3.1 Rechtslage in Polen und den Vereinigten Staaten

Gegenwärtig gibt es in der polnischen Rechtsordnung keine Bestimmungen, die die Zulässigkeit der Verwendung der genetischen Genealogie in Strafverfahren direkt regeln würden. Es gibt keine Standards, die es den polnischen Strafverfolgungsbehörden erlauben würden, Daten, die von Plattformen wie GEDmatch geteilt werden, legal zu verwenden. Das Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft stützt sich daher hauptsächlich auf genetische Profile, die im nationalen DNA-Datensatz gesammelt werden. In Übereinstimmung mit den geltenden Vorschriften unterliegt die Erhebung und Verarbeitung genetischer Daten der Regelung der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (DSGVO) und im Zusammenhang mit ihrer Verarbeitung durch Strafverfolgungsbehörden auch der Richtlinie 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom selben Datum, die als "Polizeirichtlinie" bezeichnet wird. Beide EU-Rechtsvorschriften sehen spezifische Vorschriften für die Verwendung genetischer Daten vor. Die Verarbeitung zu Untersuchungszwecken muss unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit, mit angemessenen Schutzmaßnahmen und nur im erforderlichen Umfang erfolgen. In der Praxis bedeutet dies, dass für den Zugang polnischer Ermittler zu Datenbanken wie GEDmatch die Einführung von Rechtsnormen erforderlich wäre, die die Regeln für ihre Verwendung zu entwickeln. In Ermangelung solcher Vorschriften bleibt die forensische genetische Genealogie trotz ihres enormen Potenzials in Polen ein ungenutztes Instrument.

4. U. Rogalla-Ladniak, The overview of forensic genetic genealogy, „Archiwum Medycyny Sądowej i Kryminologii“ 2022, B. 72, Nr. 4, S. 213.

5. U.A. Perego, An Introduction to Forensic Investigative Genetic Genealogy, 2021, <https://cms-b-assets.familysearch.org/84/03/3a613eab478ebb18aa29254e5b5/an-introduction-to-investigative-genetic-genealogy-perego.pdf> [Datum: 19.05.2025].

6. R.A. Wickenheiser, Forensic genealogy, bioethics and the Golden State Killer case, „Forensic Science International: Synergy“ 2019, B. 1, S. 114.

7. R.A. Wickenheiser, op. cit., S. 115.

In den Vereinigten Staaten wird die forensische genetische Genealogie immer häufiger eingesetzt, und doch gibt es auf Bundesebene immer noch kein einheitliches umfassendes Gesetz. Derzeit basiert die Verwendung auf staatlichen Gesetzen, behördlichen Richtlinien und den Richtlinien von Unternehmen, die DNA-Datenbanken erstellen. Im Jahr 2019 wurden vom US-Justizministerium detaillierte Richtlinien (*Interim Policy on Forensic Genetic Genealogical DNA Analysis and searching*) eingeführt, nach denen eine genealogische Analyse nur im Falle einer schweren Straftat durchgeführt werden darf. Sie führte auch die Verpflichtung ein, alle anderen Ermittlungsmethoden im Voraus anzuwenden, und Dritte, deren Daten bei der Analyse aufgetaucht sein könnten, wurden besonders geschützt⁸. Im Jahr 2021 war der Bundesstaat Maryland der erste, der auf staatlicher Ebene eine umfassende Gesetzgebung für die Verwendung forensischer genetischer Genealogie erlassen hat. Mit diesen Normen wurde u. a. die Verpflichtung der Ermittler eingeführt, für den Einsatz der betreffenden Technik bei einer bestimmten Untersuchung die Zustimmung des Gerichts einzuholen⁹. Ähnliche Vorschriften wurden auch vom Bundesstaat Montana eingeführt, und dann begannen andere Staaten, ihre eigenen Gesetze zu verabschieden. Ein Beispiel für die Erstellung von Richtlinien ist die Verpflichtung von Unternehmen, die Zustimmung zur Weitergabe von Profilen an Dritte einzuholen und dem Eigentümer zu erlauben, die gesammelten Daten zu ändern und zu löschen. Trotz strengerer Regulierungen und immer mehr Einschränkungen ist die Nutzung der forensischen genetischen Genealogie in den Vereinigten Staaten noch nicht ausreichend reguliert. Zu wichtigen Themen wie dem Schutz der Privatsphäre von Minderjährigen fehlen nach wie vor detaillierte Leitlinien¹⁰.

3.2 Rechtliche und ethische Herausforderungen

Die forensische genetische Genealogie wirft zahlreiche Kontroversen und Zweifel auf, sowohl rechtlich als auch ethisch. Das Haupthindernis ist das Fehlen ausreichender gesetzlicher Regelungen, insbesondere in Polen. Der Versuch polnischer Ermittler, diese Methode anzuwenden, könnte in der derzeitigen Rechtslage zu schwerwiegenden Verletzungen der Rechte des Individuums führen. Erhebliche Zweifel werden unter anderem durch die Frage der Privatsphäre sowohl der Personen, die das genetische Material senden, als auch ihrer Angehörigen aufgeworfen. Im ersten Fall gibt das Risiko, dass genetisches Material in die Hände einer unbefugten Person gelangt, Anlass zur Sorge, vor allem im Falle der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden

und privaten Unternehmen. Es bestehen Zweifel an der Vertraulichkeit und Sicherheit der auf diese Weise gespeicherten DNA-Profile. Im Falle von Dritten geht es um die Frage, ob die Person, die ihr biologisches Material einreicht, indirekt in die Einschränkung der Privatsphäre von Verwandten einwilligt, die einen Teil des Genoms mit ihr teilen. Diese Personen können sich auch dann an den Ermittlungen beteiligen, wenn sie sich nicht selbst einem DNA-Test unterzogen haben. Das Problem der konkludenten Einwilligung stellt die Legitimität der Verwendung der forensischen genetischen Genealogie aufgrund des Prinzips der individuellen Autonomie und des besonderen Schutzes personenbezogener Daten in Frage. Auf die Gefahr, die mit einer solchen Praxis verbunden ist, zeigen Untersuchungen, die belegen, dass es durch die Anwendung der sogenannten genetischen Triangulation, d.h. der Analyse der Schnittpunkte der Verwandtschaft, möglich ist, mehr als 50% der gesuchten Personen zu identifizieren, auch wenn nur 1% der Bevölkerung in der Datenbank registriert ist¹¹. Dies zeigt das Potenzial der genetischen Genealogie, zeigt aber auch, inwiefern die Privatsphäre derjenigen, die nicht daran interessiert sind, eingeschränkt werden kann. Die Herausforderung für Datenbanken, die auf diese Weise betrieben werden, ist auch ihre Transparenz, die einige Datenbanken nicht bieten. Es ist erwähnenswert, dass Menschen, die sich entscheiden, das Ergebnis eines DNA-Tests zu senden, dies meistens tun, um Familienmitglieder oder Vorfahren zu finden oder einen Stammbaum zu rekonstruieren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Nutzer, die nicht über ausreichende Kenntnisse der genetischen Genealogie verfügen, sich der Möglichkeit nicht bewusst sind, ihr DNA-Profil zu Ermittlungszwecken zu verwenden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Voraussetzung für die Erteilung einer informierten Einwilligung in die Verarbeitung sensibler Daten die Möglichkeit ist, sich mit deren Inhalt vertraut zu machen, kann die Verwendung einer versteckten oder kleingedruckten Klausel zu einer unbewussten Beteiligung der Person an der Untersuchung führen. Kritiker weisen auch auf die Gefahr von Missbrauch durch die öffentliche Hand hin. Trotz der Verpflichtung, eine gerichtliche Genehmigung einzuholen oder ein spezielles Konto in der Datenbank zu erstellen, das für Strafverfolgungsbehörden bestimmt ist, gibt die allgemeine Verfügbarkeit solcher Plattformen Anlass zur Sorge. Die Kontroverse resultiert in einigen Fällen aus dem geringen Vertrauen der Öffentlichkeit in die Behörden und damit aus Zweifeln an der Einhaltung der Leitlinien für die Verarbeitung personenbezogener Daten. Zweifel aufkommen auch an der Vielzahl von Informationen, die im biologischen Material des Menschen

enthalten sind. Obwohl SNPs selbst keine phänotypischen Merkmale oder Gesundheitsinformationen direkt offenbaren, können mit der Ausweitung der Tests auf das Genom Sequenzen entdeckt werden, die eines der oben genannten Merkmale aufweisen. In diesem Fall könnten genetische Daten zu einem Werkzeug für Missbrauch, Segregation oder soziale Kontrolle werden¹².

3.3 Vorschläge für Gesetzesänderungen

Trotz erheblicher Zweifel scheint die Umsetzung der Verwendung der forensischen genetischen Genealogie in Polen aufgrund des öffentlichen Interesses gerechtfertigt, das sich in einer effektiveren Aufdeckung von Tätern schwerer Straftaten manifestiert, was sich in der öffentlichen Sicherheit niederschlägt. Um diese Methode effektiv in das polnische Rechtssystem umzusetzen, sollten zunächst genaue und umfassende gesetzliche Regelungen eingeführt werden. Eine Schlüsselrolle würden nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten Normen spielen, die das Erfordernis festlegen, andere Ermittlungsmethoden auszuschöpfen und eine richterliche Genehmigung einzuholen, bevor mit der Verwendung genetischer Genealogie fortgefahren werden kann. Angesichts der Besorgnis über die Möglichkeit eines Missbrauchs wäre es auch eine gute Lösung, ein unabhängiges Gremium zu ernennen, das den Verlauf der Untersuchung überwacht. Darüber hinaus würde die Einführung einer Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung über die Zahl der Untersuchungen, die unter Verwendung genetischer Daten aus Datenbanken durchgeführt wurden, die für die Zwecke der forensischen genetischen Genealogie bestimmt sind, zur Erhöhung der Transparenz beitragen. In Anlehnung an amerikanische Lösungen sollte sich die genetische Genealogie auch auf die Identifizierung der Täter schwerster Verbrechen wie Mord oder Sexualverbrechen beschränken. Es scheint auch wichtig zu sein, die Nutzung genealogischer Datenbanken zu regeln und klar zu definieren, welche von ihnen von den Strafverfolgungsbehörden für genealogische Analysen verwendet werden dürfen. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die Sinnhaftigkeit einer Ersetzung privater Plattformen durch eine nationale Datenbank zu prüfen, die sich an Systemen wie dem amerikanischen CODIS oder der polnischen DNA-Datenbank orientiert. Diese Lösung würde die Notwendigkeit für Strafverfolgungsbehörden beseitigen, mit privaten Unternehmen zusammenzuarbeiten, was derzeit eine Quelle rechtlicher und ethischer Kontroversen ist. Die Schaffung eines staatlichen Systems würde es auch ermöglichen, Verfahren und Richtlinien zu vereinheitlichen und die Kontrolle über die verarbeiteten Daten zu gewährleisten. Es würde auch einfacher sein, die Transparenz des Handelns der Behörden zu gewährleisten. Ein Aspekt, der es wert ist,



reguliert zu werden, ist auch der Katalog der Personen, deren Daten in die Datenbank aufgenommen werden könnten. Ähnlich wie bei der herkömmlichen DNA-Analyse sollte die Speicherung der genetischen Daten von Verurteilten und Verdächtigen verpflichtend sein. Darüber hinaus soll nach dem Vorbild der in den USA weithin bekannten GEDmatch-Plattform jeder Interessierte sein DNA-Profil hochladen können. In einem späteren Stadium der Entwicklung des Systems, nachdem sie die Wirksamkeit des Systems beobachtet haben, könnten Experten die Legitimität einer schrittweisen Ausweitung der Verpflichtung zur Erstellung genetischer Profile auf andere Personengruppen beurteilen. Zweifellos wäre es dazu notwendig, zunächst den Aspekt der Verhältnismäßigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen sorgfältig zu analysieren. Eine solche Datenbank sollte, um für mehr Menschen verbindlich zu werden, vollständig transparent und detailliert geregelt sein, und die Bürger sollten sicher sein, dass ihre Daten sicher gespeichert werden. Derzeit scheint die Einführung der Pflicht zur Abgabe einer Probe von genetischem Material aus Sicht der geltenden gesetzlichen Regelungen unmöglich und würde sicherlich auf Unzufriedenheit der Mehrheit der Gesellschaft stoßen. Daher scheint eine adäquate Lösung die Schaffung einer Datenbank zu sein, die nach dem Modell des polnischen DNA-Datensatzes geregelt ist und unter anderem die Daten von Tätern und Verdächtigen enthält, und die GEDmatch-Datenbank, in die jeder Interessierte ein DNA-Profil hochladen kann. Ein solches System könnte nicht nur Maßnahmen ergreifen, um die Öffentlichkeit für die genetische Genealogie zu sensibilisieren, sondern auch den Prozess der Identifizierung von Tätern schwerer Straftaten revolutionieren, die Arbeit der Ermittler verbessern und die Sicherheit der Bürger erhöhen.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Analyse zeigt, dass die Steigerung der Wirksamkeit der Maßnahmen der polnischen Strafverfolgungsbehörden durch die Einführung der forensischen genetischen Genealogie möglich wäre. Beispiele für den Einsatz dieser Methode in den Vereinigten Staaten

8. U.S. Department of Justice, op. cit., S. 4-5.

9. Governor's Office of Crime Prevention, Youth, and Victim Services. (2022). Forensic Genetic Genealogical DNA Analysis and Search: Data Definitions and Reporting Guide, S. 1-3.

10. N.Vattikonda, J.Wrigley, The DNA of Genetic Privacy Legislation: Montana, Tennessee, Texas, and Virginia Enter 2024 with New Genetic Privacy Laws

Incorporating FPF's Best Practices, 2024, <https://fpf.org/blog/the-dna-of-genetic-privacy-legislation-montana-tennessee-texas-and-virginia-enter-2024-with-new-genetic-privacy-laws-incorporating-fpfs-best-practices/> [Datum: 19.05.2025].

11. U. Rogalla-Ladniak, op. cit., S. 214.

12. R.A. Wickenheiser, op. cit., S. 121

belegen ihre Wirksamkeit als Ergänzung zur klassischen forensischen Genetik und ermöglichen die Lösung von Fällen, die seit vielen Jahren ungelöst geblieben sind. In Polen ist die freie Nutzung dieser Technik derzeit nicht möglich, vor allem aufgrund des Mangels an geeigneten Rechtsvorschriften, die ein Gleichgewicht zwischen dem öffentlichen Interesse und dem Schutz der Rechte des Einzelnen gewährleisten würden. Die Einführung dieser Methode in die polnische Ermittlungspraxis erfordert die Entwicklung detaillierter Richtlinien, die den Schutz personenbezogener Daten sowie die Einheitlichkeit und Transparenz der Verfahren gewährleisten. Damit die Umsetzung der forensischen genetischen Genealogie erfolgreich ist, sollte die Entwicklung

von Regeln für ihre Anwendung auf einer engen Zusammenarbeit von Spezialisten aus verschiedenen Bereichen wie Recht, Ethik oder Genetik basieren. Die Zusammenarbeit von Experten wird es ermöglichen, die in den Vereinigten Staaten angewandte Technik an die polnische Realität anzupassen und die Chance zu erhöhen, sowohl rechtliche als auch ethische Zweifel auszuräumen. Insbesondere wird es die Erstellung eines Katalogs kohärenter Regeln ermöglichen, die die Grundlage für die rechtmäßige und sichere Nutzung dieses Instruments durch die Strafverfolgungsbehörden bilden. In einer solchen Form könnte die gerichtliche genetische Genealogie eine wichtige Unterstützung für das polnische Justizsystem sein.

Zusammenfassung

DNA-Tests sind derzeit eines der wichtigsten Instrumente zur Identifizierung von Straftätern. Die forensische Genetik, die auf dem Vergleich genetischer Profile basiert, spielt eine Schlüsselrolle. In Situationen, in denen der direkte Abgleich des DNA-Profiles keine Ergebnisse bringt, kann jedoch die forensische genetische Genealogie eingesetzt werden. Der Artikel widmet sich der Analyse der Möglichkeiten und Herausforderungen, die mit der Implementierung dieser Technik in das polnische Rechtssystem verbunden sind, mit besonderem Schwerpunkt auf den in den Vereinigten Staaten verwendeten Lösungen. Der Beitrag stellt die Definition der genetischen Genealogie, die Art und Weise, wie sie durchgeführt wird, und die Funktionsweise von Datenbanken vor. Auch die Ermittlungen gegen den amerikanischen Verbrecher, der als Golden State Killer bekannt ist und für die Entwicklung der genetischen Genealogie von entscheidender Bedeutung ist, wurden diskutiert. Der Beitrag enthält eine Analyse der aktuellen Rechtslage, die mit dem Vorschlag zur Einführung von Gesetzesänderungen endet, die darauf abzielen, die Wirksamkeit der Ermittlungstätigkeit durch den Einsatz der forensisch-genetischen Genealogie zu erhöhen.

Schlüsselwörter: forensische genetische Genealogie, forensische Genetik, Ethik in der Forensik, genetische Daten, DNA-Datenbank

Abstract

DNA testing is one of the most essential tools used by law enforcement to identify criminal offenders. Forensic DNA analysis, based on the comparison of genetic profiles, plays a crucial role in investigative procedures. In cases where a direct DNA match cannot be obtained, forensic genetic genealogy might be an alternative. This article examines the potential and challenges associated with implementing forensic genetic genealogy within the Polish legal system, with particular emphasis on solutions applied in the United States. The paper discusses the definition of genetic genealogy, the methodology of its application, and the functioning of databases. It also presents the significant case of an American perpetrator known as the Golden State Killer. The article includes an analysis of the current legal framework and concludes with legislative proposals intended to enhance the effectiveness of investigative procedures through the use of forensic genetic genealogy.

Keywords: forensic genetic genealogy, forensic genetics, forensic ethics, genetic data, DNA database



Über die Autorin: Klaudia Rosłaniec, Jurafakultät an der Universität von Kardinal Stefan Wyszyński in Warschau, E-Mail: roslaniecklaudia.m@gmail.com.



 Maksymilian Sztajura

O skuteczności penalizacji czynu zniesławienia Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej

1. Uwagi wprowadzające

W demokratycznym państwie prawa wolność słowa jest jednym z filarów ustroju – nie tylko stanowi gwarancję swobody wypowiedzi, ale również pełni funkcję kontrolną wobec władzy publicznej. Szczególnie istotna staje się możliwość krytyki urzędników i organów państwowych, w tym także głowy państwa. Niemniej jednak, granice tej wolności są w praktyce wyznaczone przez różnorodne regulacje prawne, które mają chronić dobra osobiste, w tym cześć i godność jednostki. Jednym z takich przepisów jest art. 135 § 2 kodeksu karnego (dalej: „k.k.”), penalizujący publiczne znieważenie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej (dalej: „Prezydent RP”).

Celem niniejszego artykułu jest przeanalizowanie skuteczności tego przepisu, zarówno z punktu widzenia jego stosowania w praktyce orzeczniczej, jak i zgodności z międzynarodowymi standardami ochrony wolności słowa. Pytanie badawcze, które stanowi oś konstrukcyjną niniejszego opracowania, brzmi: *czy art. 135 § 2 k.k. spełnia swoją funkcję w ochronie godności urzędu Prezydenta RP i czy jego stosowanie znajduje uzasadnienie w realiach współczesnego demokratycznego państwa prawa?*

2. Charakterystyka prawna przestępstwa znieważenia Prezydenta RP

Zgodnie z art. 135 § 2 k.k. *kto publicznie znieważa Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej, podlega karze pozbawienia wolności do lat 3*. Wyżej przytoczony przepis został umiejscowiony w Rozdziale XVII kodeksu karnego regulującym przestępstwa przeciwko Rzeczypospolitej polskiej. Przepis ten stanowi kwalifi-

kowaną postać czynów zabronionych określonych w art. 226 § 3 k.k. i art. 216 § 1 i 2 k.k., czyli odpowiednio znieważenia organu konstytucyjnego Rzeczypospolitej Polskiej oraz zniewagę w trybie podstawowym¹. Przedmiotem ochrony omawianego przepisu jest autorytet urzędu prezydenckiego, jak również cześć i godność głowy państwa. Ten występek może zostać popełniony jedynie umyślnie w zamiarze bezpośrednim albo ewentualnym, zaś jego charakter wskazuje na to, że jest to przestępstwo formalne do którego popełnienia nie jest wymagany skutek, a jedynie zakończenie działalności sprawcy.

Warunkiem odpowiedzialności karnej z art. 135 § 2 k.k. jest publiczny charakter znieważenia. Doktryna i orzecznictwo wykształciła rozumienie tego przysięmniaka jako następujące w miejscu dostępnym dla nieokreślonego kręgu osób, ile raczej, że jego odbiorcą może być nieokreślony krąg adresatów. Warto również zaznaczyć, że odpowiedzialności podlegać będzie również sprawca, który dokonuje zniesławienia za pomocą środków masowego przekazu, takich jak media społecznościowe, program telewizyjny itp.

W zakresie ochrony podmiotowej kreowanej przez ten przepis w doktrynie pojawiały się dyskusje na temat, czy art. 135 § 2 k.k. sankcjonuje również publiczną zniewagę Marszałka Sejmu albo Marszałka Senatu pełniących funkcję Prezydenta RP, na zasadach określonych w art. 135 ust. 2 i 3 Konstytucji. Wątpliwości te zostały rozwiane przez doktrynę prawa konstytucyjnego, poprzez wskazanie za bezsporne, że osoba wykonująca obowiązki Prezydenta RP realizuje jedynie funkcje ustrojowe głowy państwa, zaś nie staje się Prezydentem w sensie podmiotowym².

1. N. Kłaczynska [w:] Kodeks karny. Część szczególna. Komentarz, red. J. Giezek, Warszawa 2014, art. 135.

2. P. Sarnecki, Komentarz do art. 131 (w:) L. Garlicki (red.), Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz, t. I, Warszawa 1999, s. 4.

Cechy podmiotowe Prezydenta – przede wszystkim wybór przez naród poprzez demokratyczne wybory oraz objęcie urzędu poprzez złożenie przysięgi przed Zgromadzeniem Narodowym – to właśnie one nadają legitymację do ochrony na podstawie przepisów określonych w Rozdziale XVII kodeksu karnego³, z kolei nie oznacza to, że Marszałek Sejmu oraz Marszałek Senatu nie pozostają bez specjalnej ochrony prawno-karnej, gdyż publiczne zniesławienie tych dwóch organów konstytucyjnych pozostaje pod stypizacją czynu zabronionego określonego w art. 226 § 3 k.k.

W przedmiocie ochrony dobrego imienia na podstawie przepisów karnych art. 212, 216, 226, 135 § 2 k.k., jak i na podstawie przepisów prawa cywilnego, tj. art. 23 k.c. kluczowe znaczenie ma obrona i ugruntowana przez sądy linia orzecnicza, zgodnie z którą każde znieważenie lub zniesławienie musi spełniać kryteria o charakterze obiektywnym. Oznacz to, że do naruszenia dochodzi w razie wypowiedzi, które godzą w godność danej osoby (w przypadku art. 135 § 2 k.k. – w godność Prezydenta RP), są ośmieszające, obelżywe lub niezracjonalizowane⁴. Zdaniem sądów istotny wpływ do kwalifikacji danego zachowania jako przestępstwa znieważenia jest odbiór danej wypowiedzi lub wpisu przez osoby trzecie i reakcja opinii publicznej. Konieczna jest analiza treści wypowiedzi lub wpisu, czy ma on charakter znieważający oraz czy obiektywnie większość społeczeństwa jest w stanie je za takie uznać.

Sankcją za popełnienie czynu zabronionego z art. 135 § 2 k.k. jest kara bezwzględnie pozbawienia wolności do lat 3. Wysokość kary pozwala na zastosowanie przez sąd warunkowego umorzenia, jak i również sąd może orzec zamiast kary pozbawienia wolności karę grzywny lub ograniczenia wolności na warunkach określonych w art. 37a k.k. bądź też kumulatywnie karę pozbawienia wolności i karę ograniczenia wolności w trybie art. 37b k.k.⁵.

Ze względu na przesłankę publicznego charakteru zniesławienia postępowanie dowodowe w zakresie przestępstwa zniesławienia Prezydenta RP, zasadniczo nie budzi wielkich wątpliwości czy trudności w przeprowadzeniu.

Warto również zaznaczyć, że omawiany przepis był tematem rozważań Trybunału Konstytucyjnego. Wyrokiem z dnia 6 lipca 2011 r. wydanym w sprawie o sygn. akt P 12/09 Trybunał Konstytucyjny stwierdził „Art. 135 § 2 ustawy z dnia 6 czerwca 1997 r. - Kodeks karny (Dz. U. Nr 88, poz. 553, ze zm.) jest zgodny

z art. 54 ust. 1 w związku z art. 31 ust. 3 Konstytucji Rzeczypospolitej Polskiej oraz art. 10 Konwencji o ochronie praw człowieka i podstawowych wolności, sporządzonej w Rzymie dnia 4 listopada 1950 r., zmienionej następnie Protokołami nr 3, 5 i 8 oraz uzupełnionej Protokołem nr 2 (...)”⁶.

3. Praktyka stosowania przepisu art. 135 § 2 k.k.

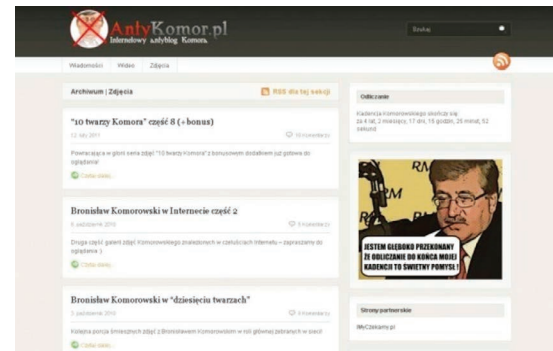
1. Założenia wstępne

Praktyka orzecznicza ze względu na szczególny podmiot podlegający ochronie na podstawie art. 135 § 2 k.k., jakim jest Prezydent RP jest dość uboga. Na potrzeby niniejszego artykułu ograniczę się do omówienia dwóch spraw, które odbiły się najszerszym echem w opinii publicznej oraz były szeroko omawiane w mediach informacyjnych i to właśnie one często zagrzewały prawników do dyskusji na temat zasadności odpowiedzialności karnej za takie zachowanie. Dla formalności warto wskazać, że w popularnych bazach orzeczeń sądowych znajdują się różne wyroki skazujące za czyn zniesławienia Prezydenta RP, często na kary o niskim poziomie dolegliwości dla sprawcy ze względu na zastosowanie art. 37a k.k.⁷, jednakże anonimizacja danych w publikowanych orzeczeniach sądów powszechnych często nie pozwala na dogłębną analizę, jakie dokładnie zachowania zostały uznane przez jurydykatwę za spełniające znamiona zniesławienia.

2. Bronisław Komorowski vs. antykomor.pl



Pierwszą z najbardziej medialnych spraw, gdzie oskarżony stanął pod zarzutami popełnienia przestępstwa określonego w art. 135 § 2 k.k. miała miejsce, gdy urząd Prezydenta RP sprawował Bronisław Komorowski. W lipcu 2010 r. została założona strona antykomor.pl, która jak sama nazwa wskazuje była nastawiona na krytykę ówczesnej głowy państwa. Obok samych wpisów na stronie, które szczegółowo omawiały wpadki wizerunkowe Prezydenta, pojawiały się tam również różnego rodzaju przerobione zdjęcia Bronisława Ko-



morowskiego, jak i ówczesnej pierwszej damy – Anny Komorowskiej oraz memy. W późniejszym etapie działalności strony zaczęły pojawiać się na niej również gry przeglądarkowe, noszące tytuły takie jak „Komor Shooter”, czy „Komor Killer”. Rozgrywka w tych grach opierała się w głównej mierze tym, że użytkownik miał możliwość obrzucania postaci przedstawiającej wizerunek prezydenta RP owocami, warzywami, czy też nawet imitacją ludzkich odchodów⁸.

Ostatecznie założyciel strony antykomor.pl stanął pod zarzutem popełnienia przestępstwa z art. 135 § 2 k.k., a w trakcie procesu wskazywał, że założenie strony nie miało na celu znieważenia głowy państwa, lecz chciał on bowiem zapewnić rozrywkę użytkownikowi Internetu. Na marginesie warto zaznaczyć, że sam proces nie obejmował jedynie zarzut zniewagi Prezydenta RP, ale również rozważania nad zachowaniami sprawcy mogące spełniać znamiona innych przestępstw⁹.

W pierwszej instancji wyrokiem z dnia 14 września 2009 r. wydanym przez Sąd Okręgowy w Piotrkowie Trybunalskim w sprawie prowadzonej pod sygn. akt III K 56/12 orzeczono wobec sprawcy za znieważenie Prezydenta RP karę dziesięciu miesięcy ograniczenia wolności z obowiązkiem wykonywania nieodpłatnej, kontrolowanej pracy na cele społeczne w wymiarze trzydziestu godzin w stosunku miesięcznym¹⁰. W uzasadnieniu prawnym Sąd Okręgowy dogłębnie argumentował, że zachowanie sprawcy spełniało znamiona czynu zabronionego określonego w art. 135 § 2 k.k., a w szczególności miało charakter obraźliwy, stawiający osobę Prezydenta w złym świetle, tym samym spełniało kryteria obiektywne¹¹.

Od wyroku pierwszej instancji została złożona apelacja zarówno przez obrońcę oskarżonego, jak i przez prokuraturę¹². W zakresie skazania za czyn z art. 135 § 2 k.k. obrońca domagał się umorzenia postępowania, ze względu na „(...) nieuzasadnione przyjęcie, że oskarżony dokonał znieważenia Prezydenta RP Bronisława Komorowskiego poprzez zamieszczanie na stronie internetowej (...) zdjęć i gier komputerowych, podczas gdy

zamieszczane publikacje nie uchybiały godności urzędu Prezydenta RP, a były jedynie rodzajem krytyki i dopuszczalnych prawem żartów z głowy państwa”¹³.

Ostatecznie sprawa w odniesieniu do zarzutu popełnienia czynu zabronionego znieważenia Prezydenta RP została zakończona wyrokiem z dnia 17 stycznia 2013 r. wydanym przez Sąd Apelacyjny w Łodzi w postępowaniu prowadzonym pod sygn. akt II AKa 273/12. Sąd Apelacyjny w Łodzi postanowił umorzyć postępowanie w zakresie zarzutu popełnienia czynu z art. 135 § 2 k.k., argumentując to słowami: „Wymierzenie kary za przypisany oskarżonemu czyn, w ocenie sądu apelacyjnego, nie jest zasadne. O ile zgodzić należy się z uznaniem sprawstwa i winy oskarżonego, faktem, iż tego rodzaju działalność przekroczyła granice satyry i miała charakter znieważający, to przy reakcji prawnej na tego rodzaju zachowanie, należało mieć na uwadze, iż dotyczyło ono 3 zdjęć mających taki charakter, z wielu innych zamieszczonych na stronie administrowanej przez oskarżonego. Należało także, oprócz uwzględnienia „zasady grubej skóry” odnoszącej się do polityków, uwzględnić także, że wymierzanie kary za tego rodzaju czyny może wywołać tzw. „skutek mrożący” i powstrzymać przed jakąkolwiek działalnością satyryczną w stosunku do polityków, w tym głów państw, w przyszłości. Należało mieć też na uwadze, że praktycznie codziennie, nie tylko w Internecie, ale także w czasopiśmie i to nie mających charakteru satyrycznego, publikowane są obrazy z udziałem głowy państwa, mające ten charakter.”¹⁴ Ostateczne rozstrzygnięcie spotkało się wówczas z dezaprobatą ze strony doktryny, co przełożyło się na liczne glosy krytyczne oraz dyskusje publiczne na temat skuteczności zastosowania przepisu art. 135 § 2 k.k. w praktyce.

3. Andrzej Duda vs. Jakub Żulczyk



Geneza sprawy sięga listopada 2020 roku, kiedy to po ogłoszeniu wyników wyborów prezydenckich w Stanach Zjednoczonych — zwycięstwa Joe Bidena — Andrzej Duda, pełniący wówczas funkcję prezydenta Polski, opublikował na platformie Twitter (obecnie X)

3. J. Piórkowska – Flieger, S. Patyra, Przestępstwo zniewagi Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej, Prokuratura i Prawo 3, Warszawa 2012 r., s. 15.

4. Zob. m.in. Uchwała SN z 10.03.2021 r., II DIZ 31/21, LEX nr 3358842, Wyrok SA w Warszawie z 26.02.2018 r., VI ACa 1576/16, LEX nr 2578915, Postanowienie SN z 7.05.2008 r., III KK 234/07, OSNKW 2008, nr 9, poz. 69.

5. A. Błażnio [w:] Kodeks karny. Komentarz, red. J. Majewski, Warszawa 2024, art. 135.

6. Wyrok TK z 6.07.2011 r., P 12/09, OTK-A 2011, nr 6, poz. 51.

7. Wyrok Sądu Okręgowego w Warszawie z 3.01.2023 r., XII K 198/22, LEX nr 3527918.

8. <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/burza-po-wyroku-na-tworcy-antykomorpl-to-jest-skandal/x4twm> data dostępu: 29 maja 2025 r.

9. Wyrok Sądu Okręgowego w Piotrkowie Trybunalskim z 14.09.2012 r., III K 56/12, LEX nr 1882882.

10. Ibidem.

11. Ibidem.

12. Wyrok SA w Łodzi z 17.01.2013 r., II AKa 273/12, LEX nr 1294813.

13. Ibidem.

14. Ibidem.



gratulacje skierowane do Bidena, jednak w bardzo powściągliwym tonie, bowiem dotyczyły one jedynie „udanej kampanii” a nie wygranej samej w sobie. Dodatkowo Andrzej Duda zaznaczył, że „Polska czeka na nominację przez Kolegium Elektorów”,¹⁵ co spotkało się z wpisem ze strony Jakuba Żulczyka – polskiego pisarza i publicysty. Pisarz opublikował na Facebooku komentarz, w którym skrytykował postawę prezydenta oraz jego wiedzę na temat przebiegu wyborów prezydenta w Stanach Zjednoczonych Ameryki, a w zakończeniu swojego wpisu napisał słowa: „Andrzej Duda jest debilem”¹⁶ Wpis ten, choć sformułowany w sposób kontrowersyjny i ostentacyjnie ostry, był — w jego zamiśle — wyrazem frustracji wobec zachowania głowy państwa w kontekście międzynarodowym. Niemniej jednak został on potraktowany przez prokuraturę jako przestępstwo znieważenia Prezydenta RP, a w marcu 2021 roku przeciwko Żulczykowi wniesiono akt oskarżenia do Sądu Okręgowego w Warszawie.

W pierwszej instancji Sąd Okręgowy w Warszawie w sprawie prowadzonej pod sygn. akt VIII K 51/21 umorzył postępowanie ze względu na znikomą społeczną szkodliwość czynu¹⁷. Sąd Okręgowy wyrok ten argumentował przede wszystkim toczącymi się dyskusjami nad archaicznością przepisu art. 135 § 2 k.k. oraz jego wywodzeniem się z konstrukcji *crimen laesae maiestatis* gdzie ochrona czci i honoru miała charakter hierarchiczny. Ponadto Sąd I instancji wskazał, że „(...) w demokratycznym państwie, które jawi się, jako dobro wspólne wszystkich obywateli, nie może być akceptacji dla ustanawiania nierówności, poprzez wdra-

żanie takich mechanizmów prawnych, które faworyzowałyby tylko niektóre podmioty z racji zajmowanego stanowiska, pozycji jaką im się przypisuje - a nie z racji wykonywanych przez nich funkcji i realnego wpływu na działalność państwa. W systemach demokratycznych osoby publiczne, zwłaszcza sprawujące najwyższe funkcje korzystają z niższego stopnia ochrony czci. Świadome i dobrowolne pełnienie funkcji musi wiązać się z większym ryzykiem publicznej krytyki. Bycie podmiotem i przedmiotem debaty publicznej w systemie demokratycznym nieodzownie wiąże się ze społeczną kontrolą i krytyką słów i czynów osoby publicznej. Politycy narażeni są zatem na szerszy zakres dopuszczalnej oceny społecznej - zwłaszcza gdy działają bez podstawy prawnej, winni spodziewać się krytyki ze strony obywateli. Taka zasada zmniejszonej ochrony funkcjonuje w wielu krajach Europy Zachodniej, działający tam system demokratyczny uznaje za nieuzasadnione przywiązywanie wagi do samego tytułu i stanowiska oraz ochrony udzielonej z tytułu jego zajmowania.”¹⁸

Zarówno Sąd II instancji¹⁹, jak i Sąd Najwyższy podzieliły argumentację Sądu Okręgowego²⁰.

Po prawomocnym zakończeniu postępowania w opinii publicznej ponownie pojawiła się dyskusja na temat skuteczności art. 135 § 2 k.k., zaś sam Jakub Żulczyk podczas wywiadu w popularnym talk-show, zapytany czy żałuje czegoś związanego z tym postępowaniem wyznał: „Czy żałuję? Okej... Być może jeśli żałuję czegośkolwiek, to tego, że niechcący obraziłem parę osób z jakąś wrodzoną dysfunkcją intelektualną”²¹.

4. Wnioski końcowe

Po przeprowadzonej analizie z zakresu praktyki zastosowania przepisu art. 135 § 2 k.k. określającego znamiona przestępstwa znieważenia Prezydenta RP, koniecznym zdaje się uznać, że przepis sam w sobie, ze względu na jego ratio legis jakim jest ochrona godności, czci i dobrego imienia głowy państwa jest słuszny. Prezydent jako najwyższy urzędnik w Polsce oraz konstytucyjny organ władzy wykonawczej, jednocześnie odgrywający ważną rolę w procesie ustawodawczym, zdaje się być podmiotem względem, którego taka regulacja jest uzasadniona. Jednakże zastosowanie art. 135 § 2 k.k. w praktyce budzi poważne wątpliwości oraz częste dyskusje zarówno w doktrynie prawa, jak i opinii publicznej. Podobne sprawy, jak te wyżej omówione, były przedmiotem rozważań Europejskiego Trybunału Praw Człowieka (dalej „ETPC”). ETPC m.in. w wyroku z dnia 1 lipca 1997 r. w sprawie Oberschlick przeciwko Austrii²² miał znaczący wpływ na obranie przez polskie sądy znacznie bardziej liberalnej linii orzeczniczej, przez to orzekane kary (o ile w ogóle dochodzi do orzeczenia skazującego) mają bardzo niski stopień dolegliwości przez co też ograniczeniu ulega zasada społecznego oddziaływania takiej sankcji. Sąd Okręgowy w Warszawie w wyżej omawianym wyroku wskazuje, że w dyskusjach doktrynalnych przepis ten jest uważany za relik, a dorobek orzeczniczy zdaje się potwierdzać to daleko idące stwierdzenie.

Powyższe rozważania znacząco przemawiają za tym, że przepis art. 135 § 2 k.k., choć z założenia bardzo potrzebny, chociażby nawet z pobudek aksjologicznych – w obecnych realiach i linii orzeczniczej sądów stanowi regulację zbędną. W obliczu decyzji ustawodawcy co do usunięcia znieważenia Prezydenta RP z katalogu czynów zabronionych nie pozostawia jednocześnie głowy państwa bez ochrony prawno-karnej, bowiem wciąż pozostaje regulacja art. 226 § 3 k.k.

Ponadto osobie wybranej na urząd Prezydenta RP wciąż przysługuje ochrona dóbr w postaci godności i dobrego imienia, za sprawą stypizacji czynów zabronionych określonych w art. 216 oraz 212 k.k. Jednakże problem z zakresu zastosowania tych dwóch przepisów powstaje w momencie przejścia do norm proceduralnych. Zarówno art. 216 jak i 212 k.k. określają przestępstwa ścigane z oskarżenia prywatnego, a zgodnie z art. 489 kodeksu postępowania karnego (dalej „k.p.k.”) rozprawę główną poprzedza posiedzenie pojednawcze, zaś niestawiennictwo oskarżyciela prywatnego i jego pełnomocnika powoduje umorzenie postępowania (art. 491 k.p.k.). W takim przypadku ciężko wymagać od Prezydenta RP, żeby jednocześnie pełniąc wszystkie funkcje związane z urzędem, był w stanie zadbać o wszelkie formalności związane z sporząd-



dzeniem prywatnego aktu oskarżenia oraz dopełnić kryteriów wymaganych przez normy proceduralne.

Mając powyższe na uwadze, uchylenie art. 135 § 2 k.k. znacząco nie wpłynęłoby na polski porządek prawny, a byłoby w stanie ukrócić liczne dyskursy publiczne bez jednoczesnego ujemnego skutku w postaci braku przepisu prawno-karnego mającego za przedmiot ochrony godność i cześć Prezydenta RP ze względu na obecność w polskim porządku prawnym art. 226 § 3 k.k.

Analiza przepisu art. 135 § 2 kodeksu karnego, zarówno na płaszczyźnie dogmatycznej, jak i praktycznej, prowadzi do konkluzji, że choć przepis ten został wprowadzony w celu ochrony godności głowy państwa i autorytetu urzędu Prezydenta RP, jego efektywność w demokratycznym porządku prawnym budzi istotne wątpliwości. Z jednej strony zapewnia on szczególną ochronę konstytucyjnemu organowi władzy wykonawczej, z drugiej jednak – jego literalne brzmienie i praktyka stosowania mogą prowadzić do ograniczenia wolności słowa i debaty publicznej, co jest trudne do pogodzenia ze standardami demokratycznego państwa prawa.

W artykule udało się odpowiedzieć na główne pytanie badawcze, dotyczące skuteczności art. 135 § 2 k.k. – w szczególności czy przepis ten spełnia swoją funkcję ochronną i czy jego istnienie jest uzasadnione. Odpowiedź brzmi: nie.

Funkcjonowanie art. 135 § 2 k.k. w praktyce – jak pokazują omówione sprawy – skutkuje poważnymi problemami interpretacyjnymi oraz ryzykiem naruszenia konstytucyjnej wolności wypowiedzi. Niejednolite orzeczenia sądów, które z jednej strony dostrzegają znieważający charakter wypowiedzi, a z drugiej rezygnują z wymierzenia kary ze względu na niską szkodliwość społeczną czynu, dowodzą słabnącego znaczenia tego przepisu w praktyce.

15. <https://x.com/AndrzejDuda/status/1325141516327772166> data dostępu: 29 maja 2025 r.

16. <https://www.facebook.com/jakub.zulczyk/posts/pfbid02vfQhBmN2NT55T-TRcDVjC7oirDxBkYzGZkeZjdNzKXJzG4wfg2TEP4kohEeV8WI?ridid=cKLbC-GUTTgnMach> data dostępu: 29 maja 2025 r.

17. Wyrok Sądu Okręgowego w Warszawie z 10.01.2022 r., VIII K 51/21, LEX nr 3304543.

18. Ibidem.

19. Wyrok SA w Warszawie z 30.09.2022 r., II AKa 110/22, LEX nr 3432025.

20. Postanowienie SN z 23.05.2023 r., II KK 60/23, LEX nr 3725149.

21. <https://www.youtube.com/watch?v=MUPAab3IZDE>

22. Wyrok ETPC z dnia 1 lipca 1997 r. w sprawie Oberschlick przeciwko Austrii.

Streszczenie

Artykuł analizuje zasadność i skuteczność przepisu art. 135 § 2 Kodeksu karnego, który penalizuje publiczne znieważenie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej. Przedstawiona dogmatyczna charakterystyka tego przepisu, wskazuje, że jego celem jest ochrona godności i autorytetu głowy państwa. Omawia też kontrowersje wokół jego stosowania w kontekście wolności słowa, przywołując dwa znane przypadki sądowe: sprawę twórcy strony antykomor.pl oraz proces Jakuba Żulczyka. Analiza praktyki orzeczniczej pokazuje, że mimo formalnej zgodności przepisu z Konstytucją i Europejską Konwencją Praw Człowieka, sądy w Polsce coraz częściej rezygnują z wymierzania kar na jego podstawie, powołując się na znikomą szkodliwość społeczną czynu oraz standardy demokratycznego państwa prawa. Zostały również przedstawione argumenty przemawiające za tym, że przepis ten w obecnym kształcie jest nieefektywny i zbędny, a jego uchylenie nie pozbawiłoby Prezydenta ochrony prawno-karnej, która wciąż może być realizowana na podstawie innych przepisów (art. 212, 216 i 226 § 3 k.k.). W konkluzji artykuł wskazuje, że art. 135 § 2 k.k. nie spełnia swojej funkcji w realiach współczesnego państwa demokratycznego i staje się źródłem niepotrzebnych napięć społecznych oraz ograniczeń dla wolności wypowiedzi.

Słowa kluczowe: zniesławienie, Prezydent, zniesławienie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej

Abstract

The article analyzes the legitimacy and effectiveness of Article 135 § 2 of the Polish Penal Code, which penalizes public defamation of the President of the Republic of Poland. The dogmatic characterization of this provision indicates that its purpose is to protect the dignity and authority of the head of state. It also discusses the controversies surrounding its application in the context of the protection of the dignity and authority of the head of state. The dogmatic characterization of this provision indicates that its purpose is to protect the dignity and authority of the head of state. It also discusses the controversies surrounding its application in the context of freedom of speech, citing two well-known court cases: the case of the creator of the anti-komor.pl website and the trial of Jakub Żulczyk. An analysis of case law shows that despite the formal compliance of the provision with the Constitution and the European Convention on Human Rights, courts in Poland are increasingly refraining from imposing penalties on its basis, citing the negligible social harm of the act and the standards of a democratic state ruled by law. Arguments are also presented in favor of the view that the provision in its current form is ineffective and unnecessary, and that its repeal would not deprive the President of legal and criminal protection, which can still be exercised based on other provisions (Articles 212, 216, and 226 § 3 of the Criminal Code). In conclusion, the article points out that Article 135 § 2 of the Criminal Code does not fulfill its function in the realities of a modern democratic state and becomes a source of unnecessary social tensions and restrictions on freedom of expression.

Keywords: defamation, President, defamation of the President of the Republic of Poland



O autorze: Maksymilian Sztajura, Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie, e-mail: maksymiliansztajura@gmail.com.



 Gracjan Wojciechowski

Militaryzacja przestrzeni kosmicznej – status prawny i najnowsze dylematy

1. Wprowadzenie

Przestrzeń kosmiczna od dziesięcioleci stanowi przedmiot fascynacji i rywalizacji ludzkości. Szczególną rolę w jej eksploracji odgrywają najpotężniejsze państwa, dla których stała się ona nowym polem strategicznej rywalizacji. W latach 60. XX wieku, kiedy dwa globalne supermocarstwa - USA i ZSRR - w atmosferze ciągłej rywalizacji i zagrożenia zagładą nuklearną postanowiły rozpocząć proces regulacji statusu prawnego przestrzeni kosmicznej, gdy w 1963 r. przyjęto w ONZ pierwszy akt prawny dotyczący tej tematyki¹. Od czasu upadku Związku Radzieckiego nastąpił znaczący rozwój technologii raketowej, nauk informatycznych, a narodziny sztucznej inteligencji ułatwiły eksplorację kosmosu. Dowodem poważnego zainteresowania przestrzenią kosmiczną przez mocarstwa jest utworzenie 19 grudnia 2019 r. Sił Kosmicznych USA (*Space Force*)² - sił zbrojnych, których celem jest organizacja,

szkolenie i wyposażenie USA w instrumenty wojskowe w kosmosie, a także ochrona interesów USA i jej sojuszników w tej przestrzeni. Nasilająca się obecność sił zbrojnych mocarstw kosmicznych takich jak Chiny, Rosja, Stany Zjednoczone w przestrzeni kosmicznej skłania do postawienia pytania o akceptowalny poziom tego zjawiska oraz o to, czy nie zagraża ono pokojowemu współistnieniu ludzkości.

Celem niniejszej pracy jest wyjaśnienie pojęcia militaryzacji kosmosu, przedstawienie i przeanalizowanie najważniejszych źródeł prawa kosmicznego. Podjęta zostanie próba zarysowania najnowszych problemów w zakresie militaryzacji owej przestrzeni. Praca ma na celu odpowiedź na pytanie, czy dopuszczalna jest militaryzacja przestrzeni kosmicznej oraz - po analizie i zestawieniu aktów prawnych i praktyki państw - czy obecna ochrona prawnomiędzynarodowa chroni w efektywny sposób przed procesem militaryzacji.

1. Deklaracja zasad prawnych rządzących działalnością państw w zakresie badania i wykorzystywania przestrzeni kosmicznej Zgromadzenia Ogólnego ONZ z 13 grudnia 1963 roku.

2. National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2020, Public Law No: 116-92.



2. Pojęcie i interpretacja militaryzacji kosmosu

Militaryzacja kosmosu rozumiana jest jako wykorzystywanie przestrzeni kosmicznej do celów militarnych – co jest pojęciem szerszym niż wojskowym – ze względu na możliwość uczestnictwa w tym procesie nie tylko sił zbrojnych państw, ale także podmiotów prywatnych. Militaryzacja polega na niedestruktywnym działaniu na potencjalne cele. Najpowszechniejszym i praktycznym jej przejawem jest umieszczanie i funkcjonowanie sztucznych satelitów, za pomocą których przede wszystkim prowadzi się wywiad, nawigację i walkę cybernetyczną – taka militaryzacja określana jest „bierną”³. Militaryzacja „aktywną” definiujemy jako użycie obiektów umieszczonych w przestrzeni kosmicznej w sposób destrukcyjny⁴. Przykładem takich działań jest użycie broni przeciwsatelitarnych (*Anti-Satellite Weapon - ASAT*) umieszczonej na orbicie. Poruszając tematykę militaryzacji, nie można pominąć rozumienia terminu „w przestrzeni kosmicznej”, który oznacza - co wydaje się oczywiste - istnienie obiektów

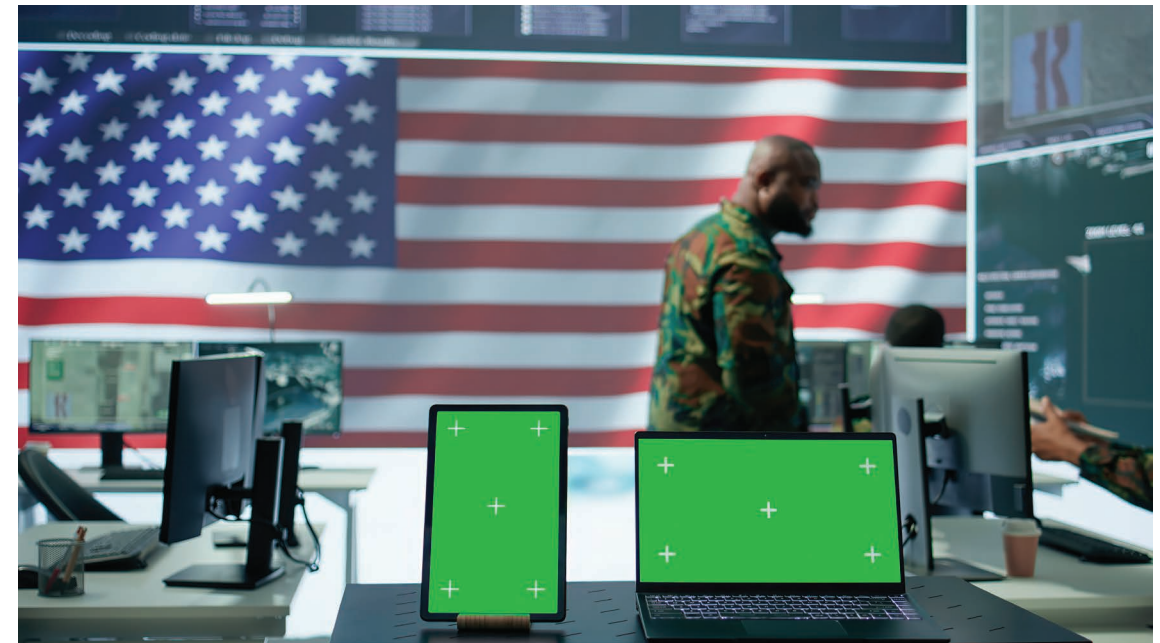
militarnych w owej przestrzeni, jednakże oznacza on również użycie ich przeciwko celom znajdujących się na Ziemi. Zjawiskiem, które jest problematyczne dla kontroli i zapobiegania procesowi militaryzacji jest istnienie obiektów orbitalnych o cechach „*dual use*”⁵ - oznaczające, iż obiekt ma potencjał przeznaczenia cywilnego, jak i wojskowego jednocześnie lub przy niewielkich zmianach technicznych. Przykładem takich urządzeń jest satelita przesyłający sygnał GPS, który może służyć również do naprowadzania pocisków rakietowych czy przesyłając zdjęcia cywilne lub przemysłowe używane są w celu wywiadu wojskowego. Sztuczne satelity zostały już wykorzystane w ten sposób przez firmę *SpaceX*, która podczas konfliktu dostarczyła Ukrainie kilkanaście tysięcy odbiorników internetowych⁶.

3. Normy prawne dotyczące militaryzacji kosmosu i ich analiza

Źródła prawa w znaczeniu formalnym, regulujące przestrzeń kosmiczną, nie różnią się istotnie od źródeł istniejących w innych dziedzinach prawa międzynarodowego. Jedną z cech charakterystycznych prawa kosmicznego jest brak zgody co do istnienia bądź nieistnienia norm *ius cogens* dotyczących działalności w kosmosie⁷. Kwestia delimitacji, czyli wskazania, gdzie prawnie zaczyna się sfera kosmiczna, pozostaje bardzo dyskusyjna ze względu na rozbieżne interesy państw. Problem ten jednak znacznie wykracza poza zakres niniejszego artykułu.

Prawo zwyczajowe ma szczególne znaczenie dla prawa kosmicznego, czego dowodem jest lot satelity *Sputnik-1*, który zapoczątkował serię startów sztucznych satelitów. Podczas tych wczesnych misji żadne państwo nie zaprotestowało przeciwko przelotom nad ich terytorium. Brak sprzeciwu państw uznano za zaistnienie *opinio iuris*, co w połączeniu z ciągłym i długotrwałym wykonywaniu tej czynności, doprowadziło do ukształtowania w ten sposób pierwszej normy prawa kosmicznego zwyczajowego, jaką jest zasada wolnego przelotu^{8,9}. W konsekwencji uznano przestrzeń kosmiczną za wolną do badań i wykorzystywania przez wszystkie państwa¹⁰.

Zdecydowanie najważniejszym i najliczniejszym źródłem prawa kosmicznego są umowy międzynarodowe. Jako najistotniejszy układ trzeba wskazać Układ o zasadach działalności państw w zakresie badań i użytkowania przestrzeni kosmicznej łącznie z Księżycem i innymi ciałami niebieskimi z 27 stycznia 1967 r.¹¹,

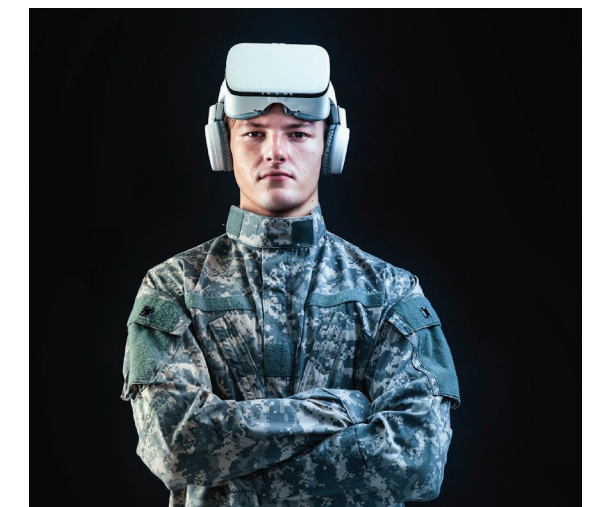


który uznawany jest za niejako akt konstytucyjny dla prawa kosmicznego¹². Analiza norm owego układu zapewnia fundamentalną wiedzę na temat regulacji sfery kosmicznej. Art. IV ww. układu brzmi: „Państwa Strony Układu zobowiązują się nie wprowadzać na orbitę wokół Ziemi jakichkolwiek obiektów przenoszących broń jądrową lub jakiegokolwiek inne rodzaje broni masowego zniszczenia ani nie umieszczać tego rodzaju broni na ciałach niebieskich lub w przestrzeni kosmicznej w jakikolwiek inny sposób. Księżyc i inne ciała niebieskie użytkowane są przez wszystkie Państwa Strony Układu wyłącznie w celach pokojowych. Zakazuje się zakładania wojskowych baz, instalacji oraz fortyfikacji na ciałach niebieskich, dokonywania na nich prób z jakimikolwiek typami broni oraz przeprowadzania manewrów wojskowych. Korzystanie z personelu wojskowego w celu badań naukowych lub w jakichkolwiek innych celach pokojowych nie jest zabronione. Nie zabrania się również korzystania z wszelkiego sprzętu lub urządzeń koniecznych dla pokojowych badań Księżyca i innych ciał niebieskich”.

Kluczowe dla pojęcia militaryzacji jest użytkowanie przestrzeni kosmicznej „w celach pokojowych” i jej interpretacja. Dwaj główni gracze w sferze kosmicznej rozumieli je odmiennie. Interpretacja amerykańska sprowadzała się do rozumienia pokojowego wykorzystania jako „nieagresywnego”, co dopuszcza działania militarne, o ile jest ono nieagresywne i chroniące bezpieczeństwa tego państwa. Jako przykład może posłużyć zestrzelenie nadlatującej asteroidy. Rząd USA bronił tej interpretacji, wskazując na praktykę innych państw, tj. wysyłanie satelitów wojskowych lub żołnierzy w kosmos. Z kolei interpretacja rosyjska (pierwotnie radziecka) sprowadzała się do rozumienia tego sformułowania jako oznaczającego wykorzy-

stanie „niemilitarne”, a więc *sensu largo* zakazujące jakichkolwiek działań militarnych w przestrzeni kosmicznej. Po analizie norm traktatu oraz całego systemu prawa międzynarodowego należy przychylić się do tej ostatniej interpretacji jako bliższej intencjom przyświecającymi stronom podczas tworzenia tego układu. Należy jednak zauważyć, iż dekadach od powstania układu współczesna praktyka mocarstw ewoluowała w kierunku amerykańskiej wykładni „nieagresywnego” użytkowania^{13,14}.

Istotny jest również art. XII ww. układu brzmiący: „Wszystkie stacje, urządzenia, wyposażenia i pojazdy kosmiczne na Księżycu i na innych ciałach niebieskich są dostępne, na zasadzie wzajemności, dla przedstawicieli innych Państw Stron Układu. Przedstawiciele ci zawiadamiają uprzednio o zamierzonej wizycie, w celu umożliwienia przeprowadzenia odpowiednich konsultacji i podjęcia środków maksymalnej ostrożności dla zapewnienia bezpieczeństwa i uniknięcia



3. A. Kotasińska, Militaryzacja przestrzeni kosmicznej- wyścig, który trwa, Zeszyty naukowe ruchu studenckiego, t. 2, 2012, s. 54.

4. Ibidem, s. 54.

5. D.M. Bielicki, Militaryzacja i zbrojenia kosmosu. Studium prawnym międzynarodowe, Katowice 2014, s. 119.

6. Elon Musk says SpaceX has sent 15,000 Starlink internet kits to Ukraine over the past 3 months, Business Insider, <https://www.businessinsider.com/elon-musk-spacex-sent-starlink-satellite-internet-terminals-ukraine-2022-6?IR=T> [dostęp: 23.05.2025].

7. D.M. Bielicki, Militaryzacja i zbrojenia kosmosu..., dz. cyt. s. 47.

8. A. Cassese, International law, OUP Oxford 2002, s. 120.

9. D.M. Bielicki, Militaryzacja i zbrojenia..., dz. cyt., s. 57.

10. Ibidem.

11. Układ o zasadach działalności państw w zakresie badań i użytkowania przestrzeni kosmicznej łącznie z Księżycem i innymi ciałami niebieskimi, sporządzony w Moskwie, Londynie i Waszyngtonie dnia 27 stycznia 1967r.

12. V. Halunko, Space Law: the Present and the Future, Advanced Space Law, Volume 3, 2019, s. 36.

13. A. Jacewicz, Zagadnienia militaryzacji kosmosu a prawo międzynarodowe, Ruch prawniczy, ekonomiczny i socjologiczny, zeszyt nr. 3, 1986, s. 105-107.

14. A. Buczkowski, Dopuszczalność operacji wojskowych w przestrzeni kosmicznej na przykładzie U.S. Space Force. Analiza na podstawie Układu o przestrzeni kosmicznej z 1967 roku, Prawo i Więź, R. 10, nr. 4, Warszawa, 2021, s. 135-138.



zakłócenia w normalnej działalności urządzenia, które ma być przedmiotem wizyty". Ze względu na specyfikę obiektów sił zbrojnych w sferze kosmicznej i ich strategiczne znaczenie dla państwa, są one objęte tajemnicami państwowymi. Przepis ten może *de facto* utrudniać, a nawet powstrzymać powstawanie dedykowanych kosmosowi sił zbrojnych na świecie. Jednakże, biorąc pod uwagę dotychczasową praktykę państw, utrzymujący się brak dzielenia się informacjami ze względów politycznych i bezpieczeństwa, oraz kontynuację dalszego tworzenia sił kosmicznych, można stwierdzić, że norma ta nie jest w pełni stosowana i nie wydają się, żeby rzeczywistość ta miała ulec zmianie w przyszłości.

Porównując art. IV i art. XII, należy stwierdzić, iż ograniczenie militarystyki w art. IV do Księżyca i ciał niebieskich sprawia, iż w obecnej dobie dynamicznego rozwoju sił kosmicznych to art. XII układu zapewnia bardziej efektywną ochroną przed zbyt daleką militarystyką.

Kolejnym ważnym aktem prawnym, z którego wypływa fundamentalna zasada zakazu detonacji broni nuklearnej w przestrzeni kosmicznej, jest art. XXX Układu o zakazie prób broni nuklearnej w atmosferze, w przestrzeni kosmicznej i pod wodą z 5 sierpnia 1963 r.¹⁵ w brzmieniu: „Każdy z Uczestników niniejszego Układu zobowiązuje się do zakazu, zapobiegania i niedokonywania jakichkolwiek próbnym eksplozji broni nuklearnej i jakichkolwiek innych eksplozji nuklearnych w jakimkolwiek miejscu znajdującym się pod jego jurysdykcją lub kontrolą: a) w atmosferze; poza jej granicami, włącznie z przestrzenią kosmiczną;

pod wodą, włącznie z wodami terytorialnymi i pełnym morzem". Należy z zadowoleniem zauważyć, iż do chwili obecnej żaden podmiot nie złamał tej zasady, jednakże w ostatnich latach pojawiające się informacje medialne dotyczące możliwego rozmieszczenia broni nuklearnej w kosmosie przez Rosję budzą uzasadnione obawy przed potencjalnymi naruszeniami wspomnianego układu w przyszłości¹⁶.

Aktem prawnym regulującym tematykę prawa kosmicznego, rezonującym z zasadami wypływającymi z Karty Narodów Zjednoczonych (KNZ), jest Układ normujący działalność państw na Księżycu i innych ciałach niebieskich z 18 grudnia 1979 r.¹⁷, którego art. 1 stwierdza: „Księżyc będzie użytkowany przez wszystkie Państwa-Strony wyłącznie do celów pokojowych. 2. Jakakolwiek groźba lub użycie siły albo jakikolwiek inny akt wrogi lub groźba aktu wrogiego na Księżycu jest zakazana. Również zakazane jest użytkowanie Księżyca w celu popełnienia jakiegokolwiek takiego aktu lub angażowania się w jakąkolwiek taką groźbę w odniesieniu do Ziemi, Księżyca, statku kosmicznego, personelu statku kosmicznego lub sztucznych obiektów kosmicznych." Przytoczony artykuł wykazuje bezpośrednią zgodność z art. 2.4 KNZ¹⁸ w brzmieniu: „Wszyscy członkowie powstrzymają się w swych stosunkach międzynarodowych od groźby użycia siły lub użycia jej przeciwko integralności terytorialnej lub niezawisłości politycznej któregośkolwiek państwa bądź w jakimkolwiek inny sposób niezgodny z celami Organizacji Narodów Zjednoczonych". Normy prawne wypływające z ww. układu są tożsame z podstawą aksjologiczną ONZ oraz odpowiadają postulowanym regulacjom i relacjom



w przestrzeni kosmicznej. Regulacja zasad korzystania ze sfery kosmicznej była zdecydowanie potrzebna, a po dekadach od wprowadzenia przytoczonych układów, są one nadal relewantne. Podmioty nie naruszają układów lub robią to zdecydowanie rzadziej niż w innych dziedzinach prawa międzynarodowego, co można uznać za sukces, gdyż podczas największych kryzysów, państwa nie naruszały w sposób istotny norm prawa kosmicznego¹⁹.

Analiza przepisów prawa kosmicznego pozwala stwierdzić, że zgodnie z obowiązującym prawem międzynarodowym, ale i dominującym głosem doktryny, całkowity zakaz militarystyki istnieje jedynie w odniesieniu do Księżyca i ciał niebieskich, budowania na nich fortyfikacji oraz w stosunku do rozmieszczania broni jądrowej i prób tego rodzaju w sferze kosmicznej – co jest wyrażone *expressis verbis* w układach międzynarodowych. Umieszczenie broni konwencjonalnej nie jest wprost zakazane w żadnym z najważniejszych układów i znajduje się ona w tzw. „szarej strefie” norm prawa kosmicznego. Co więcej, militarystyka aktywna nie jest dopuszczalna tylko wtedy, gdy sprzeczność takiego działania wynika z zasady zakazu użycia siły czy innych umów międzynarodowych. *A contrario*, inne formy militarnego korzystania z kosmosu od wymienionych, a więc militarystyka bierna, są dopuszczalne i zgodne z prawem międzynarodowym²⁰. Należy zatem uznać tę szeroko zakrojoną, a w przyszłości jeszcze bardziej pogłębioną militarystykę, za zjawisko negatywne i niebezpieczne dla całej społeczności międzyna-

roj. Szczególnym zagrożeniem dla bezpieczeństwa międzynarodowego jest powszechne nadawanie obiektom orbitalnym charakteru dual use, co znacząco utrudnia odróżnienie zastosowania pokojowego od militarnego²¹.

4. Najnowsze zjawiska związane z przestrzenią kosmiczną – sztuczna inteligencja i komercjalizacja

W ostatnich latach zauważalny jest wzrost znaczenia aktorów niepaństwowych w eksploracji kosmosu. Amerykańskie przedsiębiorstwo SpaceX nie jest jednym z ważniejszych, lecz najważniejszym podmiotem umieszczającym sztuczne satelity na orbicie, posiadając 60% aktywnych urządzeń²². Pozytywne efekty funkcjonowania podmiotów komercyjnych, takie jak rewolucja w łączności internetowej poprzez Internet satelitarny w odległych zakątkach świata, są oczywiste. Mimo to konieczne jest zwrócenie uwagi na zagrożenia i dylematy związane z pozycją podmiotów komercyjnych w przestrzeni kosmicznej. Traktat o zasadach działalności państw w zakresie badania i użytkowania przestrzeni kosmicznej łącznie z Księżycem i innymi ciałami niebieskimi z 1967 r. tworzony był w realiach lat 60., gdy podmioty prywatne dysponujące możliwościami korzystania z kosmosu nie istniały. Jednakże doktryna czerpiąc z art. VI wspomnianego układu, który stanowi: „Państwa Strony Układu ponoszą odpowiedzialność międzynarodową za swoją działalność w przestrzeni kosmicznej, (...), niezależnie od tego, czy jest ona prowadzona przez instytucje

15. Układ o zakazie prób broni nuklearnej w atmosferze, w przestrzeni kosmicznej i pod wodą sporządzony w Moskwie dnia 5 sierpnia 1963r.

16. U.S. Fears Russia Might Put a Nuclear Weapon in Space, <https://www.nytimes.com/2024/02/17/us/politics/russia-nuclear-weapon-space.html> [dostęp: 23.07.2025].

17. Agreement Governing the Activities of States on the Moon and Other Celestial Bodies, 1979.

18. Karta Narodów Zjednoczonych, Statut Międzynarodowego Trybunału Sprawiedliwości i Porozumienie ustanawiające Komisję Przygotowawczą Narodów Zjednoczonych.

19. D.M. Bielicki, Militarystyki i zbrojenia..., dz. cyt., s. 195.

20. K.Myszona-Kostrzewa, Techniki satelitarne a bezpieczeństwo i obronność, Kancelaria Senatu, Warszawa, 2019, s.15-33.

21. The Challenges of Dual-Use Space Technologies: the Non-Peaceful Use of Satellites <https://spacegeneration.org/the-challenges-of-dual-use-space-technologies-the-non-peaceful-use-of-satellites> [dostęp: 13.09.2025].



rządowe lub pozarządowe, osoby prawne, jak również za zapewnienie zgodności tej działalności z postanowieniami niniejszego Układu. Działalność pozarządowych osób prawnych w przestrzeni kosmicznej, łącznie z Księżycem i innymi ciałami niebieskimi, wymaga upoważnienia i stałego nadzoru ze strony danego Państwa Strony Układu. (...) – przewiduje legalność operowania takich podmiotów o ile są one ściśle i dostatecznie autoryzowane i kontrolowane²³. Przykład konstelacji *Starlink* i jej dominującej pozycji rodzi pytanie czy rząd USA jest w stanie zapewnić zgodność wszystkich działań z prawem międzynarodowym. W przypadku niemożności wywiązania się z tego obowiązku, istnieje poważne ryzyko przekształcenia art. VI w pustą formułę bez realnej mocy obowiązkiwania.

Drugim zyskującym na znaczeniu zjawiskiem jest rozwój sztucznej inteligencji (SI) oraz potencjał jej wykorzystania w domenie kosmicznej. Rezolucja 78/239 - *Artificial intelligence in the military domain and its implications for international peace and security*²⁴ przyjęta przez Zgromadzenie Ogólne ONZ w 2024 r. inicjuje szeroką dyskusję na temat wykorzystania sztucznej inteligencji w tej domenie na forum światowym. Zastosowanie sztucznej inteligencji zarówno w konstrukcji satelitów, jak i w centrach ich obsługi, pozwala zwiększyć wydajność przy procesie rozpoznania i procesie decyzyjnym dotyczącym działań skierowanych przeciwko celom. Ponadto, technologia ta wprowadza autonomiczne i wydajniejsze filtrowanie oraz priorytetyzację celów, a także autonomiczne naprowadzanie i nawigację satelitów²⁵.

Oddanie kompetencji w ręce sztucznej inteligencji budzi nie tylko wątpliwości moralne, ale także prawne. Szczególnie w kontekście przestrzegania prawa humanitarnego i karnego²⁶. Organizacje eksperckie zwracają uwagę na wątpliwości dotyczące militarnego zastosowania systemów SI, wskazując na potencjalną sprzeczność z zasadami proporcjonalności i rozróżnienia. Pierwsza z nich ma na celu ograniczenie nadmiernych strat cywilnych, druga zaś wprowadza obowiązek odróżniania celów wojskowych od cywilnych. Zastosowanie sztucznej inteligencji kierującej działaniami militarnymi wzbudza poważne kontrowersje, czy jest w stanie przestrzegać owych zasad, gdyż algorytmy kierujące sztuczną inteligencją nie są publicznie znane. W doktrynie toczy się spór co do legalności zastosowania systemów sztucznej inteligencji w kosmosie. Część ekspertów wskazuje, iż warunkiem legalności jest obowiązek zapewnienia pełnej ludzkiej kontroli nad systemami SI. Przeciwnicy tej tezy argumentują natomiast, iż kwestia autonomiczna decyzyjności sztucznej inteligencji rozmywa odpowiedzialność za potencjalne naruszenia prawa międzynarodowego, skutkując de facto nielegalnością tej technologii w zastosowaniu kosmicznym²⁷.

5. Zakończenie i wnioski

Obecność państw w kosmosie jest emanacją ich statusu na arenie międzynarodowej oraz ambicji politycznych. Obecnie wszystkie mocarstwa światowe



są też mocarstwami kosmicznymi, posiadają one dedykowane kosmosowi siły zbrojne oraz znacząca obecność militarną w tej przestrzeni. Dotychczasowa praktyka, jak już wspomniałem była w dużej mierze poprawna, jednakże trzeba zauważyć niepokojące sygnały dotyczące naruszania lub prób obchodzenia obowiązujących uregulowań prawnych. Już w latach 60. XX wieku ZSRR posiadał zdolność zestrzeliwania satelitów²⁸. W 2020 r. przedstawiciele sił zbrojnych USA przekonywali, iż Rosja pod pozorem obiektów kosmicznych, wystrzeliła 3 lata wcześniej obiekty posiadające cechy broni ofensywnej²⁹. Współczesna orbita ziemską jest zagęszczona satelitami, a ich liczba zwiększa się o około 30% rocznie³⁰. Sama obecność satelitów na orbicie jest zjawiskiem pozytywnym, to dzięki nim mamy dostęp do najnowszej technologii, a zmiana tego stanu rzeczy jest nie tylko niemożliwa, ale i niewskazana. Problemem w kwestii militaryzacji kosmosu nie są cywilne obiekty orbitalne, lecz te o podwójnym zastosowaniu. Oceniając istniejące regulacje prawne, potencjalne zagrożenia oraz praktykę państw, w tym przede wszystkim powszechną obecność obiektów *dual use* w kosmosie, z której rezygnacja przez rządy państw jest nieprawdopodobna, oraz brak nowych, pełniejszych uregulowań, należy przyjąć, iż obecne prawo międzynarodowe w niedostatecznym stopniu chroni przestrzeń kosmiczną przed militaryzacją.

Współcześnie tak daleko posunięta militaryzacja jest legalna, co wynika z ogólnych i nieprecyzyjnych przepisów, które je regulują. W konsekwencji,

w doktrynie wskazuje się jako jeden z najpilniejszych postulatów *de lege ferenda*, doprecyzowanie prawa kosmicznego w celu ograniczenia lub przynajmniej efektywnego kontrolowania procesu militaryzacji. Nowy układ powinien zastąpić dzisiejszą pustkę w prawie kosmicznym, wypełnianą przez *soft law* oraz Kartę NZ, a dokładniej zasadę zakazu użycia siły, którą czasem w literaturze określa się jako najdalej idące ograniczenie militaryzacji kosmosu w obowiązującym stanie prawnym. Aby poprawić ten stan rzeczy, postuluje pogłębioną współpracę państw, mającą na celu powstanie nowego, kompleksowego układu międzynarodowego. Umożliwiłby i urealniłby on normy prawa kosmicznego, gdyż ostatni znaczący układ pochodzi z 1979 r., gdy problem SI czy komercjalizacji kosmosu nie był obecny. Ścisła współpraca państw powinna występować nie tylko na poziomie ogólnomiędzynarodowym, regionalnym, ale szczególnie na poziomie ustawodawstwa krajowego mocarstw kosmicznych.

Dotychczasowe ramy instytucjonalne współpracy państw, takie jak Komitet ds. Pokojowego Wykorzystania Przestrzeni Kosmicznej (*COPUOS*), nie poskutkowały nowymi, odpowiadającymi dzisiejszym wyzwaniom traktatami. Dlatego postuluję powstanie niezależnej, instytucji międzynarodowej na wzór Międzynarodowej Agencji Energii Atomowej, a więc instytucji, która okazała się skuteczną formą współpracy w swojej dziedzinie - charakteryzującej się inkluzywnością, równością stron, oraz transparentnością dla obywateli.

22. There Are 10,000 Active Satellites in Orbit. Most Belong to Elon Musk. <https://www.forbes.com/sites/ericmack/2024/07/19/theres-now-10000-active-satellites-in-orbit-most-belong-to-elon-musk> [dostęp: 13.09.2025].

23. Starlink and International Law: The Challenge of Corporate Sovereignty in Outer Space <https://www.ejiltalk.org/starlink-and-international-law-the-challenge-of-corporate-sovereignty-in-outer-space> [dostęp: 13.09.2025].

24. Resolution 79/239 - Artificial intelligence in the military domain and its implications for international peace and security.

25. C. Huynh, AI on the Edge of Space. Securing Space Superiority and Avoiding Surprise in Orbit, Center for Security and Emerging Technology (CSET), s. 15.

26. UNIDIR, Artificial Intelligence in the Military Domain and Its Implications for International Peace and Security: An Evidence-Based Road Map for Future Policy Action, Geneva, 2025, s. 21-22.

27. M. Pacholska, N. Goussac, UNIDIR, The Interpretation and Application of International Humanitarian Law in Relation to Lethal Autonomous Weapon Systems, Geneva, 2025, s. 20-29.

28. T. Harrison et. al., Space Threat Assessment 2020, Center for Strategic and International Studies (CSIS), s. 21.

29. Ibidem, s. 22.

30. How Many Satellites Are in Space? The Spike in Numbers Continues <https://blog.ucsusa.org/syoung/how-many-satellites-are-in-space-the-spike-in-numbers-continues/> [dostęp: 23.07.2025].

Streszczenie

Artykuł „Militaryzacja przestrzeni kosmicznej – status prawny i najnowsze dylematy” koncentruje się na przedstawieniu zjawiska militaryzacji kosmosu i jej analizie prawnej. Autor wyjaśnia pojęcia militaryzacji i omawia jej rodzaje oraz wskazuje kluczowe regulacje prawne. Artykuł przedstawia interpretacje układów międzynarodowych oraz wskazuje luki prawne w zakresie regulacji militaryzacji. Autor zwraca uwagę na nowe wyzwania, takie jak, rosnąca rola prywatnych przedsiębiorstw w sektorze kosmicznym oraz zastosowanie sztucznej inteligencji w obiektach satelitarnych. Autor w konkluzji podkreśla potrzeba opracowania nowych, kompleksowych regulacji międzynarodowych i proponuje powołanie instytucji nadzorującej wykorzystanie przestrzeni kosmicznej, aby zapewnić jej pokojowy i bezpieczny charakter.

Słowa kluczowe: militaryzacja, prawo kosmiczne, przestrzeń kosmiczna, broń nuklearna, sztuczna inteligencja

Abstract

The article “Militaryzation of space – legal status and recent dilemmas” focuses on presenting the phenomenon of space militarization and its legal analysis. The author explains the concept of militarization, discusses its types, and points out key legal regulations. The article presents interpretations of international agreements and points out legal loopholes in the regulation of militarization. The author draws attention to new challenges, such as the growing role of private companies in the space sector and the use of artificial intelligence in satellite facilities. In conclusion, the author emphasizes the need to develop new, comprehensive international regulations and proposes the establishment of an institution to oversee the use of outer space in order to ensure its peaceful and safe nature.

Keywords: militarization, space law, outer space, nuclear weapons, artificial intelligence



O autorze: Gracjan Wojciechowski - student V roku prawa na Wydziale Prawa, Administracji i Ekonomii Uniwersytetu Wrocławskiego, e-mail:331858@uwr.edu.pl.

Herausgeber
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Verlag de-iure-pl Berlin, Wrocław

Schriftleitung
Prof. nadzw. (Collegium Witelona) Dr. hab. Ewa Tuora-Schwierskott, LL.M.
schwierskott@dpjv.de
Tel.: + 49 (0) 15141499784

Redaktion
R.A. Michał Rejniiewicz (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Dr. Agnieszka Malicka (Uniwersytet Wrocławski, Wydział Prawa, Administracji i Ekonomii, Polen)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Prof. Dr. hab. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Wydział Prawa i Administracji, Polen)

Wissenschaftlicher Beirat und Rezension
Prof. Dr. Gerrit Manssen (Universität Regensburg, Deutschland)
Prof. Dr. Mirosław Wyrzykowski (Uniwersytet Warszawski, Polen)
Prof. Dr. Cristina Hermida del Llano, (Universidad Rey Juan Carlos, Spanien)
Prof. Dr. Bogusław Przywora (Uniwersytet Jana Długosza, Częstochowa, Polen)
Prof. Dr. Pasquale Policastro (Uniwersytet Szczeciński, Polen)
Prof. Dr. Luca Mezetti (Università di Bologna, Italien)
Prof. Dr. Andrzej Szmyt (Uniwersytet Gdański, Polen)
Prof. Dr. Rainer Arnold (Universität Regensburg, Deutschland)
Prof. Dr. Krzysztof Mikołajczuk (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Prof. Dr. Ivan Pankevych (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Andrzej Bisztyga (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Ioan Gănfălean (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Prof. Dr. Gabriella Mangione (Universita degli Studi dell’Insubria, Como, Italien)
Prof. Dr. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Izabela Gawłowicz (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Conf. univ. Dr. Bianca Dabu (Universitatea din Pitești, Rumänien)
Conf. univ.Dr. Miruna Tudorascu (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Dr. Napoleon Dabu (Universitatea din Pitești, Rumänien)
Dr. Manole Decebal Bogdan (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Dr. Agnieszka Malicka (Uniwersytet Wrocławski, Polen)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Dr. Luigi Mariano Guzzo (Universita degli Studi „Magna Graecia” di Catanzaro, Italien)
Dr. Edyta Krzysztofik (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Dr. Ilona Grądzka (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Dr. Magdalena Maksymiuk (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego, Polen)
Dr. Justyna Michalska (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Dr. Ewa Żołnierczyk (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Dr. Joanna Filaber (Uniwersytet Merito, Wrocław, Polen)
Dr. Robert Dziuba (Dolnośląska Szkoła Wyższa, Wrocław, Polen)

Anzeigenverwaltung
Prof. nadzw. (PWSZ Legnica) Dr. hab. Ewa Tuora-Schwierskott, LL.M.
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Littenstraße 11, 10117 Berlin
schwierskott@dpjv.de

Vertrieb
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Littenstraße 11, 10117 Berlin

Satz & Gestaltung
Jacek Galazka, studio OKO GRAPHIA
E: info@okographia.com W: www.okographia.com

Erscheinungsweise
4 x jährlich
Die in DPJZ veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der DPJV und seiner Mitglieder.

Bezugspreis
Einzelheft 14,90 €, jeweils inklusive MwSt. zzgl. Versandkosten (4,00 € Inland / 9,90 Ausland)
Jahresabonnement 45,00 €

Vorzugspreis
Mitglieder der Deutsch-Polnischen Juristen-Vereinigung e.V. gegen Nachweis der Entrichtung des Mitgliederbeitrages bekommen das Heft unentgeltlich.

Anzeigenformate und Grundpreise
1/1 Seite 350,00 €, ½ Seite 200,00 €, 1/1 Seite U3 450,00 €, Rubrikanzeigen 35,00 €

Urheberrecht
Die Zeitschrift und die in ihr enthaltenen Aufsätze, Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Vereinigung und des Verlages weder vollständig noch in Teilen vervielfältigt werden. Dies gilt auch für Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Zurverfügungstellung in elektronischer Form. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. der Herausgeber wieder.

Manuskripte:
Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

Bildquellen
Fotolia.de, iStockphoto.com, sxc.hu, pixello.de, Getty Images, commons.wikimedia.org, https://war.ukraine.ua, wikipedia
Auflage 1000 Stück

DEUTSCH – POLNISCHE RECHTSSCHULE WROCŁAW – BERLIN

**SCHULE DES DEUTSCHEN RECHTS
FAKULTÄT FÜR RECHTS-, VERWALTUNGS-
UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT WROCŁAW**

<https://prawo.uni.wroc.pl/taxonomy/term/132>

**SCHULE DES POLNISCHEN RECHTS
JURISTISCHE FAKULTÄT
HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN**

<https://www.rewi.hu-berlin.de/de/ip/cert/dprs>



**Uniwersytet
Wrocławski**



DPJV
Deutsch-Polnische
Juristen-Vereinigung e.V.

